

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M., jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer freilich 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote.

Die deutsche Antwort auf die Note des Papstes.

Die alldeutsche Presse hat sich unnötig über die Vermutung ereifert, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensnote des Papstes einen Verzicht der deutschen Regierung auf die Annexion Belgiens aussprechen könnte. Diese Note enthält keinerlei positive Angabe über die deutschen Kriegsziele, geschweige denn einen Verzicht auf Belgien. Dennoch bedeutet diese Note einen kleinen Schritt nach vorwärts in der Friedensfrage. Sie enthält wieder das Bekenntnis zu einem internationalen Schiedsgericht und außerdem zu einer Begrenzung der Rüstungen der Großmächte. Das Bekenntnis zum Schiedsgericht hatte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg bereits im November des vergangenen Jahres ausgesprochen. Neu ist also nur das Einverständnis mit der gleichzeitigen Herabminderung der Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Dieses Bekenntnis bedeutet einen kleinen Schritt vorwärts. Aber eben nur einen kleinen Schritt. Im November 1916 hat sich die deutsche Regierung für ein internationales Schiedsgericht ausgesprochen, im September des Jahres 1917 für eine Begrenzung der Rüstungen. Wann wird sie sich zu einem endgültigen unabweislichen Verzicht auf Annexionen und Kriegsschädigung befehlen? Diese Note bedeutet einen Schritt vorwärts, aber das Tempo dieser Vorwärtswirkung ist viel zu langsam, als daß es den Hoffnungen auf baldigen Frieden gerecht wird.

Das Bekenntnis zur Begrenzung der Rüstungen aber bedeutet noch nicht ein Bekenntnis zur Abrüstung. Während die Papstnote von der gleichzeitigen Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten sprach, spricht die deutsche Note nur von einer Begrenzung der Rüstungen. Begrenzung der Rüstungen aber kann ebensoviele bedeuten Aufrüstung in bestimmtem vereinbartem Tempo.

Es muß weiter als ein Fortschritt verzeichnet werden, daß diese Note nicht in die Form der Polemik gegenüber der Entente verfallen ist, die bei früheren Regierungskundgebungen üblich war. Sie beschränkt sich darauf, den Ausführungen der Note des Präsidenten Wilson über den deutschen Militarismus gegenüber die Friedensliebe Wilhelm II. vom Antritt seiner Regierung bis zum heutigen Tage in längeren Ausführungen zu betonen.

Dieser Note aber fehlt jede positive Äußerung über die deutschen Kriegsziele. Es wäre verfehlt, aus ihrem Wortlaut herauszulesen, daß die deutsche Regierung sich nunmehr zu der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli bekennt, wie dies Vorwärts und Berliner Tageblatt in einträchtigem Verein in die Note hineinkleben. Der Reichskanzler hat seine Einschränkung des Bekenntnisses zur Friedensresolution des Reichstags bisher noch nicht widerrufen. Immer noch gilt, daß der Reichskanzler auf dem Boden dieser Resolution steht „wie ich sie verehere“. Diese Einschränkung ermöglicht eine Auslegung dieser Resolution selbst im Sinne der wütendsten Alldeutschen. Eben in diesen Tagen führt die alldeutsche Deutsche Zeitung aus, daß man die polnische und die belgische Frage im alldeutschen Sinne lösen könne, ohne gegen die Forderung der Kriegszielresolution des Reichstags „unter Abschneidung des Gedanken an erzwungene Gebietserwerbungen“ zu verstoßen, indem man Polen und Belgien unabhängig mache und ihre Unabhängigkeit dadurch schütze, daß der deutsche Kaiser zugleich König von Belgien und Polen werde. Nach Ansicht der Deutschen Zeitung könne man außerdem sich sehr leicht vorstellen, daß sowohl Belgien, als auch Polen aus eigenem Antrieb sich mit der Angliederung einverstanden erklärten, wenn ihnen und aller Welt, die es wissen wolle, mit Schwert und Feder zum Bewußtsein gebracht werde, daß nur unter diesem deutschen Schutze ihr künftiges Wohlbefinden gebürgt seien. Man ersticht daraus, daß der deutsche Reichskanzler die Friedensresolution des Reichstags verstehen kann, wie er nur will. Aber ferner, daß diese Friedensresolution eine verschwommene und verwaschene Kundgebung ist, die nicht entfernt die klare und unzweideutige Forderung des Verzichts auf jegliche Annexion enthält, eine Kundgebung, zu der sich die deutsche Regierung bekennen könnte, ohne darum auf Eroberungspläne zu verzichten.

Die Antwort der österreichischen Regierung auf die Papstnote zeigt gerade in der Frage der

Kriegsziele einen sehr wesentlichen Unterschied gegen die deutsche Note. Sie erkennt die Vorschläge des Papstes als geeignete Grundlage für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines Friedens an. Damit erklärt sie sich für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens wie für den Verzicht auf Kriegsschädigung. Das ist eine sehr bemerkenswerte Kundgebung, die das Schlen einer ähnlichen Erklärung in der deutschen Note um so auffälliger macht.

Nach der deutschen Antwortnote scheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß der deutsche Reichskanzler sich bei der Wiedereröffnung des Reichstags in der kommenden Woche bestimmter und ausführlicher über die Kriegsziele der deutschen Regierung aussprechen wird. Er wird die Politik fortsetzen, die vor ihm schon Bethmann Hollweg geübt hat: zu schweigen und damit sowohl den Alldeutschen wie der Reichstagsmehrheit die Möglichkeit zu geben, ihn als einen der Ihren zu betrachten. Nur daß seine wahre Stellung noch viel leichter zu erkennen ist als die seines Vorgängers.

Seine Antwort auf die Papstnote wird dementsprechend sowohl in der alldeutschen Presse als auch in der Presse der Reichstagsmehrheit wohlwollend besprochen. Die Deutsche Zeitung, das Organ der Alldeutschen, protestiert zwar gegen das Bekenntnis zu einem internationalen Schiedsgericht, aber sie reklamiert dennoch diese Note für sich, indem sie schreibt:

„Wie wir erwartet hatten, hat die Note an den Papst, wenn sie sich auch bestimmter Einzelvorschläge für die Friedensverhandlungen aus naheliegenden Gründen enthält, dem verständigen Leser doch auch in der belgischen Frage Aufschluß darüber gegeben, was nicht geschehen kann: die Erklärung eines „Desinteresses“ hinsichtlich Belgiens.“

Sie bezeichnet das als eine Schlussfolgerung aus der deutschen Note und fügt hinzu, die deutsche Regierung sei nicht so unliebenswert gewesen, diese weitere Schlussfolgerung geradezu auszusprechen. Sie habe eben eine zu hohe Meinung von dem Scharfsinn aller Beteiligten, die sich über diese Note zu unterhalten haben, als daß sie es für nötig hielt, sie der geringen Mühe solcher simpler Schlussfolgerung zu überheben.

Der Vorwärts dagegen bezeichnet diese Note als „ein Bekenntnis zu der vielumkämpften Friedensresolution des Reichstags, wie es klarer nicht gedacht werden kann“. Deutscher kann die Inhaltlosigkeit und Auslegungsfähigkeit dieser Note bezüglich der positiven Kriegsziele der deutschen Regierung nicht illustriert werden.

Der offenbare Zweck dieser Note ist, die offene Erklärung über die Annahme oder Verweigerung der Verhandlungsgrundlagen, die vom Papst vorgeschlagen worden sind, der Entente zuzuschleichen. Wie einen Spielball suchen sich die feindlichen Mächte den entscheidenden Schritt zum Frieden zu werfen. Die Ententeregierungen haben erklärt, daß sie ihre Antwort auf die Papstnote erst nach dem Bekanntwerden der Antwort der deutschen Regierung erteilen würden. Die Antwort der deutschen Regierung ist erfolgt. Sie hat nichts vorzudrängen, sie eröffnet aber auch keine begründeten Hoffnungen darauf, daß sie etwas erreichen wird, denn sie schiebt ihrerseits den entscheidenden Schritt der Entente zu. Nach wie vor zeigt sich, daß die Regierungen auf dem Wege zum Frieden keinerlei entscheidende Schritte nach vorwärts ergreifen. Die Friedensbewegung der Völker ist darum immer noch die einzige Hoffnung zur Herbeiführung des Friedens.

Im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritt Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Auf Erfolg beschieden sein möge.

Das Bestreben des Papstes Benedikt XV., eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als der Kaiser von der Uebernahme der Regierung an Seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Zeugnisse des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des Deutschen Reichstags am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Volke und Seine Stellung zu demselben ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungenen Notwendigkeit würde. Das deutsche Volk solle und den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Der Kaiser hat das Gelübde, das Er damals ablegte, in 20 Jahren tapferer Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erfüllt. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte; ist das Bestreben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblicke dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten; nachdem der Krieg gegen Seinen Wunsch und Willen ausgedehnt war, hat der Kaiser im Verein mit Seinen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben.

Hinter Seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichberechtigten Nationen. Ein ungescheitertes Spiel der Friedlichkeit in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommenung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsvollen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernst und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in enger Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künstlich an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der frische Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesund kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schlichtungsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinlichkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden dürfte.

Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, ausstehende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Ansehen zu wünschen, daß an die Stelle des Allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geiste geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einzige als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Lebensbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkermisere ausgegeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederauflösung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Der Wortlaut der deutschen Antwort.

Berlin, den 21. September 1917.
Die Antwort der kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedensresolution des Papstes lautet wie folgt:
Berlin, 19. September 1917.

Herr Kardinal,
Eure Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Kummer über die Verheerungen des Weltkrieges einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtete. Seine Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Eure Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Beantwortung aufzutragen.
Zeit geräumiger Zeit versetzt Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit,

Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsre Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Ermöglichung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geist der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näherzutreten.

Genehmigen Eure Eminenz usw.
(Name des Reichskanzlers.)
Seiner Eminenz
dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit
des Papstes Benekt XV.
Herrn Cardinal Caspari, Rom.

Die Antwort der österreichischen Regierung.

In der Antwort der österreichischen Regierung auf die Note des Papstes heißt es:
„Mit der Kraft tief wurzelnder Ueberzeugung begrüßen Wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung unter Ausschaltung der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechts, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Geschwämigkeit ruhen müßte. Auch sind Wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit fähig regenerieren würde. Wir treten daher der Auffassung Eurer Heiligkeit bei, daß Verhandlungen der Kriegführenden zu einer Verständigung darüber führen sollten und könnten, wie unter Schaffung entsprechender Sicherheiten die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften allseitig, wechselseitig und sukzessive auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen seien und wie die von rechtswegem allen Völkern der Erde gebührende hohe See von der Herrschaft oder Vorherrschaft einzelner befreit und der gleichmäßigen Benutzung aller zu eröffnen wäre. Der friedensstiftenden Bedeutung des von Eurer Heiligkeit vorgeschlagenen Mittels, internationale Streitfragen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, vollbewußt, sind Wir bereit, auch über diesen Vorschlag Eurer Heiligkeit in Verhandlung zu treten.

Wenn es, wie Wir von ganzem Herzen wünschen, gelingen sollte, zu Vereinbarungen der Kriegführenden zu gelangen, welche diese hehren Gedanken verwirklichen und damit der österreichisch-ungarischen Monarchie die Sicherheit für ihre ungehemmte weitere Entwicklung geben, dann kann es auch nicht schwer fallen, sonstige zwischen den Kriegführenden Staaten noch zu regelnde Fragen im Geiste der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf die wechselseitigen Lebensbedingungen einer befreundeten Lösung zugänglich zu machen. Wenn die Völker der Erde im Sinne dieser Vorschläge Eurer Heiligkeit friedfertig miteinander in Verhandlungen träten, dann könnte hieraus der dauernde Frieden erblühen. Sie könnten vollkommene Bewegungsfreiheit auf hoher See erlangen, schwere materielle Lasten könnten von ihnen genommen und neue Quellen des Wohlstands für sie eröffnet werden.

Vom Gebot der Mäßigkeit und Verhältnismäßigkeit geleitet, erstreben Wir in den von Eurer Heiligkeit gemachten Vorschlägen gezeichnete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens und erhoffen lebhaft, daß auch unsre heutigen Feinde von dem gleichen Gedanken besetzt sein mögen.

In diesem Sinne bitten Wir den Allmächtigen, er möge das von Eurer Heiligkeit eingeleitete Friedenswerk segnen. Wir haben die Ehre zu zeichnen als Eurer Heiligkeit sehr gehorsamer Sohn.
Karl v. p.“

Die Lage in Rußland.

Der Einfluß des Arbeiters und Soldatenrats.

Rotterdam, 20. September. Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge wird der Daily News aus Petersburg vom Dienstag berichtet: Die demokratische Versammlung wird wahrscheinlich der unklaren Stellung des Ausführlichen Komitees ein Ende machen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg stehe den Extremisten viel näher als dem Ausführlichen Komitee, das die Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland repräsentiere. Die demokratische Versammlung will tradieren zu verhindern, daß Petersburg auf die Führung der heutigen Rolle einen ungehörigen starken Einfluß ausübe. Der Peterburger Arbeiter- und Soldatenrat hat dadurch, daß er sich gegen eine Koalitionsregierung, an der auch die Kadetten teilgenommen hätten, aussprach, einer vorzeitigen Abwicklung des einflussreichen äußersten linken Flügels vorbeugen wollen. Eine Spaltung der Arbeiter- und Soldatenräte würde von den ernstesten Folgen begleitet sein, und die Furcht davor macht ihren Einfluß auf die Haltung des Rates geltend.

Daily Telegraph berichtet aus Petersburg vom Dienstag: Die Bildung eines vollständigen Kabinetts ist formell bis nach der vom Arbeiter- und Soldatenrat für Montag einberufenen Konferenz verschoben, aber die Ausfühler, daß diese Konferenz einen entscheidenden Einfluß haben wird, nehmen fortwährend ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat steht zum großen Mißvergnügen der gemäßigten Sozialisten noch immer unter dem Einfluß der Bolschewiki. Trotski wurde gegen Willkür entlassen.

Die Regierung hat alle revolutionären Komitees, die vorige Woche auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrats Polizeikorps aufstellten, um den Versuch einer Gegenrevolution zu vereiteln, angewiesen, den Polizeidienst wieder den Organen der Regierung zu überlassen.

Die Differenzen im Sowjet.

Die Peterburger Telegraphen-Agentur meldet zur Demokratischen Konferenz: Man muß ein Auseinandergehen der Ansichten verzeichnen, das durch die Spaltung der sozialistischen Parteien selbst hervorgerufen wurde und sich augenblicklich in zwei verschiedenen Strömungen äußert, zu deren Wortführern sich Wolfentew und Tschernow in der gestrigen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats gemacht haben. Wolfentew bestand darauf, daß es unbedingt nötig sei, die Regierung auf der Grundlage einer breiten Koalition zu bilden. Tschernow war der entgegengelegten Ansicht und hielt seine Forderung: „Die ganze Macht geht den Arbeiter- und Soldatenräten“ anrecht, festand aber schließlich zu, daß alle Gruppen und Klassen der Bevölkerung, selbst die bürgerlichen, die das angearbeitete Programm ehrlich befolgen wollten, für die Teilnahme an der Regierung erwünscht seien. Diese letztere Erklärung des ehemaligen Vizepräsidenten wird lebhaft begrüßt.

Die Stellung der Bolschewiki.

Rotterdam, 21. September. Dem Nieuwe Courant zufolge berichtet Daily Telegraph aus Petersburg, daß die Bolschewiki verzeichnen, die Verhandlungen der für Mittwoch einberufenen demokratischen Konferenz nach ihrem Geschmack zu beeinflussen. Sie allein sind nicht zahlreich genug, werden aber durch die Sozialrevolutionäre unter Führung von Tschernow unterstützt.

Auch aus andern Städten kommen Berichte, daß die Bolschewiki an Einfluß gewinnen und die revolutionären Komitees die Macht an sich reißen. Der Sowjet in Moskau verlangte nicht nur eine sozialistische Regierung, sondern auch die Veröffentlichung der Geheimverträge, einen sofortigen Friedensschluß und die Ausstattung der Demokratischen Konferenz mit gesetzgeberischer Gewalt. In Charkow und in verschiedenen andern Städten haben die Sowjets sich der Verwaltung bemächtigt. Alles weist darauf hin, daß der Augenblick nicht mehr fern ist, in dem es zu einem entscheidenden Konflikt kommen wird.
An Rußland halten die Parteien geheime Versammlungen ab unter dem Vorwand, daß sie über die Proklamtion der Republik in Rußland beraten wollten. Sie beabsichtigen, ihre Forderung nach Unabhängigkeit für Rußland zu wiederholen. In dieser Woche soll eine Koalitionsregierung gebildet werden.

Die Aufrichte in Petersburg.

Amsterdam, 21. September. Allgemeines Handelsblatt meldet aus London, daß es in der letzten Woche in Petersburg zu merkwürdigen Aufrichten kam:

Kerenski war vorübergehend im Winterpalast gefangen. Tausende von Bolschewiki belagerten das Gebäude, sangen und sangen, während Matrosen und Arbeiter aus Kronstadt mit Automobilen durch die Straßen fuhren, um gegen Kornilow zu kämpfen. Die Bolschewiki nahmen eine Entschlieung an, in der sofortiger Frieden verlangt wird. Die Einbringung einer andern Entschlieung, in der die Absetzung Kerenskis und die Ernennung Tschernows zum Ministerpräsidenten verlangt werden sollte, wurde von Tschewle verweigert.

Rußland Republik nach Schweizer Vorbild.

Nach der Rußkaja Wolja soll die neue russische Republik nach dem Muster der Schweiz gebildet werden. Als Präsident und Ministerpräsident wäre Kerenski in Aussicht genommen. Dem Covicere della Sera wird aus Petersburg gemeldet, daß die provisorische Regierung ein Wahlsystem ausgearbeitet hat, das sich eng an den in der Schweiz geltenden Wahlmodus anlehnt.

Eine Rede des Kriegsministers.

Petersburg, 21. September. (Meldung der Peterburger Telegraphen-Agentur.) Kriegsminister Werkowski hielt im Hauptauschuß des Arbeiter- und Soldatenrats eine Rede, in der er erklärte, seine Hauptaufgabe werde die innere Wiederaufbau eines Heeres sein, das Rußland gegen die äußeren und inneren Feinde verteidigen könne. Die gesamte Oberste Heeresleitung werde durch würdige Persönlichkeiten ersetzt werden, die das Vertrauen der Mannschaft genießen. Der Zustand der letzteren im Hinterlande werde beträchtlich verbessert und an der Front würden diejenigen Bestände aufgestellt werden, die geeignet seien, den Sieg über den Feind davonzutragen.

Rücktritt Alexejew.

Amsterdam, 21. September. Nach Blättermeldungen aus Petersburg ist Alexejew von seiner Stellung als Generalkommandant zurückgetreten. Die Kerenski darauf besteht, daß alle Offiziere, die verächtlich sind, sich an der Verhinderung Kornilows beteiligt zu haben, aus dem Generalkommando ausscheiden, ohne zu berücksichtigen, daß es schwierig ist, sie zu ersetzen.

Vom Tage.

In der nationalliberalen Partei machen sich lebhafteste Differenzen in der Frage der Kriegsziele geltend. Die Beteiligung der nationalliberalen Reichstagsfraktion an den interfraktionellen Besprechungen der Reichstagsmehrheit hat in den annexionsistischen all-deutschen Kreisen lebhaften Widerspruch gefunden. Diese Kreise erwarten von der Sitzung des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei, die am 23. September stattfindet, eine Korrigierung der Haltung der Reichstagsfraktion der Nationalliberalen. Im Deutschen Kurier, dem annexionsistischen nationalliberalen Organ, das die Anschauungen der schwerindustriellen Kreise vertritt, fordert der Leipziger Universitätsprofessor Geheimer Rat Dr. Brandenburg den Zentralvorstand auf, im Gegensatz zur Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die sich nicht klar und scharf genug von der Reichstagsmehrheit abgeordnet habe, zu betonen, daß die nationalliberale Partei einen Frieden wolle, der die Erwerbung von Orien, die militärische und wirtschaftliche Verfügung über Belgien, Rußland und Litauen, genügende Garantien für das Wohlverhalten Polens und ein verteidigungsfähiges Kolonialreich einschließe. Dieser Beschluß müsse so gehalten sein, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion davon nicht abweisen könne. Außerdem müsse sie weiteren interfraktionellen Beratungen fernbleiben und die Mehrheitsparteien selber die Suppe austöffeln lassen, die sie sich eingekocht haben.

Im Gegensatz dazu stehen Ausführungen des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Geschäftsführer des deutschen Bauernbundes, Dr. Böhm, der sich gegen eine Bevormundung der nationalliberalen Reichstagsfraktion durch den Zentralvorstand verwahrt. Er weist die Ansprüche zurück und protestiert dagegen, daß „einzelne Organe, die von einer bestimmten Wirtschaftsgruppe abhängig sind und sich nationalliberal nennen, wiederholt, teilweise sogar in drohender Form, dem Zentralvorstand eine Art Obervormundhaft gegenüber der Reichstagsfraktion zuweisen“.

Im Organ der Aldeutschen, der Deutschen Zeitung, wird den Nationalliberalen gedroht, daß ihnen die Unterstützung der Gelben entzogen werden würde, wenn der Zentralvorstand der nat.-lib. Partei der Partei nicht eine Führung mit klaren Zielen, das will natürlich sagen, mit alldesischen Zielen, gebe. Die Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstands wird daher für die Situation in der nationalliberalen Partei von einiger Bedeutung sein.

Das Berliner Tageblatt weiß nunmehr zu der amtlichen Agitation in alldeslichem Sinne mitzuteilen, daß der Reichskanzler Schritte unternommen habe, um eine Fortsetzung dieser amtlichen Werbetätigkeit zu verhindern. Es fügt jedoch hinzu, daß man nicht mit Bestimmtheit sagen könne, ob seine Schritte überall den nötigen Erfolg gehabt hätten. Man sollte annehmen, daß der Reichskanzler in stände wäre, eine derartige Agitation völlig zu unterdrücken, wenn er nur ernstlich wollte. Das Berliner Tageblatt stellt es als Tatsache hin, daß die Agitation jedoch weitergehe. Namentlich in Beamtenkreisen wird lebhaft Propaganda gegen einen Verständigungsfrieden zugunsten der „Vaterlandspartei“ gemacht. Eine derartige amtliche Agitation ist in Deutschland nichts Neues. Bei Wahlen vor dem Kriege haben die preussischen Landräte lebhaft Agitation für die Regierung entfaltet, ohne daß sie sich vorher bei der Regierung erkundigt hätten, ob ihre Tätigkeit angenehm sei. Eine derartige Agitation braucht auch heute nicht gerade von der Regierung selbst hervorgerufen worden zu sein, und doch im Einverständnis mit ihr zu erfolgen.

Die konservative Presse hat diese Agitation zugunsten der Vaterlandspartei lebhaft begrüßt und die Kreuzzeitung hat angenommen, daß der Reichskanzler selber diese Aufklärungsarbeit veranlaßt hat. Mag nun der Reichskanzler diese Agitation veranlaßt oder gebilligt haben oder nicht, fest steht jedenfalls, daß der Beamtenapparat nach wie vor für das Parteinteresse und im Interesse der Aldeutschen arbeitet.

Die Tonart in der Presse, die zwischen den Organen der Aldeutschen und der Reichstagsmehrheit wird immer erbaulicher. Nachdem sie sich gegenseitig die Bezeichnung „innerer Feind“ an den Kopf geworfen haben, gehen sie jetzt zu

weiteren, noch bestimmteren Beschuldigungen über. Die Rede des Abg. Erzberger in Biberach hat in der alldeslichen Presse lebhaftesten Geräuß hervorgerufen. Die Deutsche Tageszeitung schreibt dazu: „Wir stellen nur fest, daß die Rede zweifellos den objektiven Tatsachen weitestgehend entspricht.“ Und die Kreuzzeitung sagt:

Die Staatsanwaltschaft wird nun zu prüfen haben, ob ein strafbares Vergehen vorliegt (§ 8 des Spionagegesetzes besagt: „Wer schädliche Gegenstände der in § 1 Abs. 1 bezeichneten Art, die im kraft seines Amtes oder eines von amtlicher Seite erteilten Auftrags zugänglich waren, in den Besitz oder zur Kenntnis eines andern gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft“), und dann, falls sie zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt, nach dem Legalitätsprinzip ohne jede politische Rücksichtnahme einzuschreiten habe.

„Innerer Feind“ und „Hochverrat“, das ist eine Tonart, die in Anbetracht der Verhältnisse allerdings erstaunlich ist.

Im bairischen Zentrum regen sich die Erörterungspolitik neuerdings wieder recht munter. Für Oberbayerern fand dieser Tage in München ein Delegiertentag der Partei statt. Dort empfahl der Berichterstatter über die Friedensfrage, Obergallinspizor Siehrn, Mitglied des Direktoriums der Abgeordneten-Kammer, den Beschluß des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei in Frankfurt a. M. vom 24. Juli, d. h. also die Verwässerung der ohnehin schon wässrigen Friedenszielresolution der Reichstagsmehrheit. Die Resolution, so verliedere der Herr, schließt nicht jene Gebietserweiterungen aus, die zum Schutz und zur Verteidigung unsrer Grenzen notwendig sind. Ein Berichtfrieden sei kein ehrenvoller Frieden. Der langjährige Abg. Steltinger, Landrat und Mitglied des Direktoriums des bairischen Landwirtschaftsrates, einer der angesehensten Männer der Partei, bezog die Friedensentscheidung des Reichstags als verfehlt. Je mehr wir unndrterweise vom Frieden reden, desto schlechter wird er jeht nach mehr als drei Jahren. Abg. Prof. Dr. Schmittbauer zog scharf gegen Erzberger los, den er einen haltlosen, schwankenden Politiker nannte. Von seinem Vorstoß wäre sogar der Fraktionsvorsitzende Spahn nicht unterrichtet gewesen.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 22. September. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer, in der Biscaya und Nordsee: Vier Dampfer und ein Segler mit 18000 Bruttoregistertonnen; darunter der bewaffnete englische Dampfer Dentworth (3228 Tonnen) mit Süßgutladung, ein englischer Oelbeladener Frachtdampfer, der aus Sicherheit herausgeschossen wurde, sowie ein größerer Tankdampfer und der englische Segler Elisabeth mit Kohlen von Newport nach Cherbourg. Kapitän und zwei Artilleristen vom englischen Dampfer Dentworth wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die dritte Flandernschlacht.

Wolfs Bureau teilt mit: Nachdem die große Generaloffensive der Entente sowohl in Flandern, bei Verdun und am Jongo zusammengebrochen war und die Franzosen nach längerer Pause bei Wiederaufnahme größerer Angriffe auf dem östlichen Maasufer am 18. September sich bei ergebnislosen Stürmen nur blutigste Verluste geholt hatten, haben die Engländer am 20. September die dritte Flandernschlacht begonnen. Der erste Tag dieser dritten großen Flandernschlacht endete wieder mit einem Erfolg der deutschen Truppen.

Der Angreifer setzte das äußerste an Menschen und Material ein. Nach englischem Eingeständnis haben die Divisionen an der übrigen Front auf Ablösung verzichtet, um eine größere Anzahl frischer Truppen für den Sturm bereitzustellen. Nach der gewaltigen Artillerievorbereitung der letzten Tage ließen die Engländer unmittelbar vor dem Sturm nur ein ganz kurzes Trommelfeuer vorangehen, das jedoch von unbeschreiblicher Festigkeit war. Dann brachen die Engländer in vielen Wellen hintereinander mit dicht aufgeschlossenen folgenden Reserven zwischen Langemarck und Hellebese zum entscheidenden Angriff vor. Zwischen den Sturmkolonnen schoben sich zahllose Tanks vorwärts, die aus Geschützen und Maschinengewehren unaufhörlich feuerten, während ein Schwarm von Fliegern um die Überlegenheit der Luft rang. In dem Trichterfeld der Abwehrzone begann ein erbittertes, verzweifeltes Ringen. Hier schon wurde die englische Angriffskraft gebrochen. Zwar gelang es den englischen Abteilungen, in Richtung Paasendael und Genuwest Raum zu gewinnen. Allein in dem Kreuzfeuer der deutschen Maschinengewehre, die plötzlich überall in Plante und Rücken der Engländer aus Trichtern und Grabenkettern aufschauten, und unter dem Sperrfeuer der deutschen Batterien geriet auch hier der englische Angriff ins Stocken. Die sofort eingesehten kraftvoll geführten Gegenstöße warfen die Engländer in die Trichterfelder der Abwehrzone zurück. Bereits um Mittag war der englische Angriff überall zum Stehen gebracht. Am Nachmittag wurden zwar auf der ganzen Kampffront neue englische Kräfte im Vormarsch gemeldet. Es kam jedoch zu keinem neuen umfassenden Vorstoß.

Die Nacht hindurch schloß die englische Artillerie unablässig mit allen Kalibern. Von 4 bis 6 Uhr morgens trommelten die Engländer erneut unter äußerstem Munitionsaufwand. Der Infanteriekampf ist bisher noch nicht wieder aufgenommen worden. Die englischen Verluste sind enorm, die Hauptkampflast trugen Australier und Schotten.

Englischer Seeberichts

20. September. Wir griffen heute morgen auf breiter Front östlich von Oern an. Es wird ein beträchtlicher Fortschritt gemeldet. Unsr Truppen haben bereits wichtige Stellungen genommen.

Unser Angriff von heute morgen stieß von Oern wurde auf einer Front von ungefähr acht Meilen zwischen dem Oern—Comines-Kanal und der Eisenbahn Oern—Staden ausgeführt. Ein großer Erfolg war unsere Truppen beschieden. Es sind Stellungen von bedeutender militärischer Wichtigkeit gewonnen worden, und dem Feinde sind schwere Verluste beibracht worden. Die Zusammenziehung der Reimenter, die für den Angriff bestimmt waren, vollzog sich trotz ständigen Regensfalls während der Nacht ohne Zwischenfall. Unsr ersten Ziele wurden in früher Morgenstunde genommen einschließlich einer Anzahl bestimmter Punkte und besetzter Karren, um deren Besitz bei den vorhergehenden Angriffen heftig gekämpft worden war. Das Nordbattiment nahm das Invernebidische, Australische Truppen blühten den Olenovon

Wald und Panna Wälder. Schottische, im Verein mit afrikanischen Brigaden nahmen bei dem Kampf um Korm. Die West-Panathere-Expedition eroberten die Oberpanna und den als Ostpanna bekannten sechsten Punkt. Unsere Truppen schritten dann zum Sturm auf das letzte Ziel. Auf unserm rechten Flügel erreichten englische Truppen ihre letzten Ziele noch einem heftigen Kampf in den Wäldern. Nordland- und australische Bataillone drangen in die deutschen Stellungen bis zu einer Tiefe von über einer Meile (1,5 Kilometer) ein und nahmen die Gesamtheit ihrer Ziele einschließlich Ramels of Waldhof (?) und dem westlichen Teil des Polygon-Bandes. Weiter nördlich wurde Jena (?) genommen und London- und Hochland-Expeditionstruppen nahmen eine zweite Linie von Farmen, einschließlich der Rose-Farm, der Outebec-Farm und der Wurst-Farm auf der Linie ihrer letzten Ziele.

Am Morgen klärte sich das Wetter auf und unsere Flugzeuge nahmen sich lebhafter an der Schlacht zu beteiligen, indem sie die Stellungen unserer Truppen meldeten und feindliche Truppenzusammenschlüsse unserer Artillerie berichteten. Auf diese Weise wurde eine Anzahl deutscher Gegenangriffe abgewehrt, während andere durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer unserer Infanterie abgeschlagen wurden. Eine genaue Schätzung der Zahl der Gefangenen kann noch nicht gegeben werden, aber soweit man weiß, überschreitet sie 2000; wir erbeuteten auch vier Geschütze.

Deutschland.

Herr Pastor Krügel wünscht Prügel. Natürlich nicht für sich, sondern für die Reichstagsmehrheit. Bei einer „vaterländischen Kundgebung“ hielt, wie die Niederländische Arbeiterzeitung meldet, in Dalsburg der Feldbiblionsparrer Krügel eine Rede, die in folgendem Auspruch gipfelte: „Als an der Front die Nachricht von den Vorgängen im Reichstag bezüglich der letzten Friedensentscheidung bekannt wurde, da hat man dort behauptet, daß die Prügelfronte nicht mehr besteht.“

Die Organisation der Königsberger Fortschrittler hat eine Entschuldigungsliste, daß die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei nicht zugleich Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei sein können. Die Mitglieder Dr. Friedrich und Bürgermeister Tiesien, die den Aufruf der Vaterlandspartei unterschrieben haben, sind aus der Fortschrittspartei ausgetreten. Der alldeutsche Oberbürgermeister Dr. Rörte gehört nach wie vor der Fortschrittspartei an.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Stimmung in Argentinien. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die Parteien in der Kammer erörterten getrennt internationale Fragen. Die Sitzung wurde auf morgen vertagt. Die konservative Partei brachte eine Vorlage ein, die sich für den sofortigen Bruch mit Deutschland erklärt.

Amerikanische Nachrichtenagentur. In einer Konferenz der Kommission des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses wurde die Bill über den Handel mit dem Feinde abgeändert. Wilson erhält das Recht, die Post, die Kabeltelegramme, die drahtlose Telegraphie und die andere Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Auslande einer Zensur zu unterwerfen, um zu verhindern, daß Informationen von militärischem Wert Deutschland über Amerika oder über neutrale Länder erreichen.

Spanien und das amerikanische Ausfuerverbot. Man meldet aus Madrid, die Nachricht vom amerikanischen Ausfuerverbot für neutrale Länder habe in Spanien einen peinlichen Eindruck gemacht. Ministerpräsident Dato habe erklärt, der Minister des Aeußeren habe bei dem Vorkommnis der Vereinigten Staaten bereits Verhandlungen eingeleitet, um zugunsten Spaniens eine Sonderkollation zu erwirken.

Päpstliche Sondermission nach England. Auf einem spanischen Schiff wird sich, nach der Madrider Debatte, Ende Dezember eine päpstliche Sondermission nach England begeben.

Ministerreise in Schweden. Pariser Blätter berichten aus Stockholm: Es besteht tatsächlich bereits eine Ministerkrisis. Der König wollte einem Druck des Parlaments vorzukommen. Die meisten Ausichten auf die Ministerpräsidenten habe der frühere Vorkämpfer des Obersten Gerichtshofes, Kellner, der Branting bei der Bildung des Kabinetts heranziehen werde.

Vermehrung der spanischen Artillerie. Der spanische Minister rat beschäftigte sich mit der Frage der Organisation der Artillerie. Er beschloß die Schaffung zweier neuer Regimenter. Die spanische Artillerie wird also von nun an 14 britebene Regimenter, 7 Abteilungen Infanterie und 7 weitere Abteilungen schwere Artillerie zählen.

Vor den schwedischen Reichstagswahlen. Am Vorabend der Stockholmer Reichstagswahlen sprach Branting vor überfüllter Versammlung. Er protestierte gegen den Vorwurf, daß er auf den Krieg hinarbeite. Er erklärte in seiner hauptsächlich die Depeschenangelegenheit behandelnden Rede, daß derjenige, der behauptet, die schwedische Regierung habe die Neutralität eingehalten, kein Schwede, sondern ein Deutscher sei.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 22. Sept. Amtlich. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach heftigen Feuerkämpfen, denen nur bei St. Julien ergebnislose Gegenangriffe des Feindes folgten, klauete gestern vormittag der Feuerkampf an der ständischen Front ab.

Von Mittag an steigerte er sich an der Höhe und von der Höhe bis zur Düle wieder zu großer Heftigkeit.

Um 8 Uhr abends legte von Sange mara bis Hallebese schlagartig stilles Trommelfeuer von einstündiger Dauer ein. Im Anschluß daran ging englische Infanterie an vielen Stellen der Front wieder zum Angriff über. Wo zwischen den Bahnen Woc-Kingh-Station und Speer-Konters der feindliche Ansturm in der verheerenden Abwehrwirkung unserer Artillerie zur Durchführung kam, wurde er im Nahkampf zurückgeschlagen. Weiter südlich bis zum Kanal von Wollbelle brach die Wucht unserer Vernichtungsfeuer den feindlichen Angriffswillen: nur verletzten kamen englische Sturmtruppen aus ihren Trichterstellungen heraus; sie wurden abgewiesen.

Heute früh entspannen sich nach neuer Feuersteigerung britische Infanteriekämpfe, die durchweg für uns günstig verliefen.

Bei den anderen Armeen der Westfront herrschte fast überall geringe Gefechtsintensität.

An den Kämpfen in Flandern hatten die Flieger hervorragenden Anteil.

In den beiden letzten Tagen wurden 30 feindliche Flugzeuge und zwei Zeppelinballone abgeschossen; drei unserer Flieger sind abgeschossen.

Oberleutnant Schleich errang seinen 21. und 22. Luftsieg, Leutnant von Bülow schloß seinen 21. Gegner, Leutnant Wüsthoff und Leutnant Adam schossen je zwei feindliche Flieger ab.

Ostlichen Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern. Auf dem Westufer der Dina gelang es den unter Befehl des Generalfeldmarschalls Graf von Schmettow (Egon) stehenden Divisionen durch wohl vorbereitete und kraftvoll durchgeführte Angriffe, die russischen Stellungen nordwestlich von Zacobad zu durchbrechen. Ausgezeichnete Artillerie- und Minenwerferwirkung

haknte den Weg für die Infanterie, die von den Russen unter Führung des Arzimediers Prinz Friedrich Zigmund von Preußen trotz ungünstiger Witterung sehr gut unterstützt wurde.

In ungelöstem Stoß wurde der Feind gegen den Fluß zurückgeworfen. Er gab unter dem Druck unserer Truppen den 40 Kilometer breiten und etwa 10 Kilometer tiefen Reiterkopf auf dem Westufer der Dina auf und ließ die Abende auf das östliche Ufer. In cobad ist in unserer Hand!

Höher sind mehr als 1000 Russen gefangen, über 50 Geschütze als Beute gemeldet.

Mazedonische Front.

Am Berglande zwischen Ochrida-See und Stumbi-See greifen starke französische Kräfte an. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen waren in hartem Kampf den Feind zurück. Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 21. September. Amtlich wird verkündet: Ein italienischer Angriff gegen unsere Stellung wurde durch die tapfere Besetzung bei vorrückender Unterstützung der Artillerie im Nahkampf abgeschlagen. Rechts erheblichen blutigen Verlusten blieb der Feind hier 4 Offiziere und über 100 Mann an Gefangenen ein. Sonst auf allen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabs.

Aus der Partei.

Die Zweideutigkeit der Regierungssozialisten

In der Friedensfrage wird auch durch ihr Verhalten zu und in Stockholm scharf beleuchtet. Erst wehrten sie sich mit allen Kräften dagegen, daß an der Stockholmer Konferenz etwa die Schulfrage ausgerufen werde. Nachher aber gingen sie hin und ließen ihren Sprecher Dr. David eine lange Rede halten über — Wer trägt die Schuld am Kriege? Diese Rede ist obendrein vom Parteivorstand nun auch noch als Broschüre herausgegeben worden. Genosse Rautsky schreibt in der Neuen Zeit über dieses zweifelhafte Verhalten:

„Die Delegation der deutschen Mehrheit hat bei den Vorbereitungen zu der Stockholmer Konferenz die Forderung aufgestellt, auf dieser Zusammenkunft solle die Frage der Schuld am Krieg nicht erörtert werden. Das entsprach der ganzen bisherigen Haltung der deutschen Mehrheit. Entweder sagte man, es sei unmoralisch, nach Schuldigen zu suchen — der Kapitalismus sei der Schuldige — oder das vorhandene Material reiche nicht aus, die Frage zu beantworten. Nachdem aber die Delegation verstanden hatte, die Schuldfrage solle nicht erörtert werden, beauftragte sie ihren Vorkämpfer David damit, gerade diese Frage besonders ausführlich zu beantworten. Sie bezugte damit, daß sie doch der Ansicht ist, das Problem dürfte und könne heute schon behandelt werden, daß sie es aber freilich nicht überall erörtert sehen will.“

Sie hätte nichts dagegen, daß David in dem nichtöffentlichen kleinen Kreise des Komitees als Ankläger der Sozialisten Frankreichs und Englands in deren Abwesenheit auftrat. Sie hat auch nichts dagegen, sondern bewirkt es, daß der Vortrag in Deutschland erscheint, wo, wie sie sehr wohl weiß, nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Kritiker seines Standpunktes im Lande selbst unter den gegebenen Verhältnissen nicht in der Lage sind, sich frei zu äußern.

„Sie kränkt sich aber entschieden dagegen, daß die Schuldfrage dort erörtert wird, wo es, wie bei der Plenarsitzung in Stockholm, in voller Öffentlichkeit in Anwesenheit der von ihr Angeklagten in voller Freiheit gesprochen kann.“

Wenn schon nicht ein Gefühl der Gerechtigkeit oder des Anstandes, so hätte schon bloße Berechnung der Klugheit David und seine Leute verhindern müssen, die vorliegende Schrift gerade jetzt zu veröffentlichen. Halten sie nun ihren Einspruch gegen die Erörterung der Schuldfrage in Stockholm noch aufrecht, dann wird man hinfort in dieser Forderung nichts erblicken als ein Geständnis, daß ihnen selbst jede Zuversicht zu ihrer Sache fehlt.“

Herr Bud auf Reisen.

Die Danziger Abgeordneten haben sich in diesem Jahre bereits drei Reichstagsabgeordnete als Redner verpflichtet. Nach Scheibemann und Schöpslin sprach dieser Tage Herr Bud in Danzig. Die Redezeitung für ihn war in ausgiebiger Weise gerührt worden, sollte er doch, „einer der besten Redner in der Partei“ sein. 1000 bis 1200 Personen, von denen etwa die Hälfte für unabhängigen Sozialdemokratie gehörte, hatten sich eingefunden. Buds Rede schleppte sich recht eintönig dahin. Stimmung konnte er bei keinem Teile der Versammlung erzeugen. Diese kam erst, als ein Berliner Genosse in die Debatte eintrifft und den Regierungssozialisten den Spiegel ihrer Arbeiterverträterei vorhält. Nun wollte der Parteisekretär Gschl sprechen. Die ganze Versammlung lehnte es ab, ihn anzuhören und Gehl vermaßte nicht einen Satz zu vollenden. Ebensovwenig Gehl fand das Schlusswort Buds, als dieser den Blick am Tische stehenden Gehl beiseite schob und zu reiten versuchte, was noch möglich war. In dem Lärm der erregten Versammlung kam die übliche „Resolution für den Frieden“ zur Abstimmung. Der Berichterstatter der Unabhängigen äußerte nach der Versammlung selber, das Stimmverhältnis sei zweifelhaft. Die Unabhängigen behaupten in ihren Zeitungen trotzdem, die Resolution sei gegen 200—300 unabhängige Stimmen angenommen, schimpfen unsere Genossen „Madaubräder“ und nennen Buds landesläches Referat „Hesburdacht“ und „formvollendet“. Wenigstens auf dem Papier müssen sie Erfolge haben.

Die Blodbrüder unter sich.

Die Dresdner Volkzeitung sah sich dieser Tage veranlaßt, folgende Zuschrift des Reichstagsabgeordneten Schmidt-Melßen abzufragen:

„In Nummer 207 der Volkzeitung befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift Die Friedensfrage und Belgien, wo im vorliegenden Absatz über die Stellungnahme des Reichskanzlers zur Friedensresolution der Reichstagsmehrheit folgendes zu lesen ist:

Es mag wohl sein, daß es in England gemäßigtere Politiker gibt, die aus Mißtrauen in die deutschen Absichten hinsichtlich Belgiens noch nicht friedensbereit sein wollen, obschon für ihr Mißtrauen nach den Erklärungen des Reichskanzlers Bethmann Hollweg (wir haben an eine Annexion Belgiens nie gedacht) und nach der völlig eindeutigen und von Dr. Michaelis anerkannten Friedensresolution des Reichstages eigentlich kein Anlaß bestehen kann.“

Diese Ausführungen können leicht erneut Ärtzler über die Haltung des obersten Reichsbeamten zu den Kriegszielforderungen aufkommen lassen, weshalb es notwendig ist, festzustellen, daß Dr. Michaelis in der Antrittsrede des Haushaltsausschusses im Reichstagsausdrücklich betonte, er habe niemals erklärt, auf dem Boden der von der Mehrheit votierten Friedensresolution zu stehen. Daran änderte auch die nachfolgende Erklärung des Reichskanzlers, er stehe noch zu seiner Rede vom 19. Juli, nichts, denn diese Rede enthielt eben den Vorbehalt: wie ich sie (die Resolution) auffasse. Alle Unklarheiten darüber werden nur zur Folge haben, daß der alte Streit in der Partei über die verschiedene Deutung der Kanzlerworte auch unter dem neuen Kanzler seine Fortsetzung findet. Auch die Aeußerungen Bethmann Hollwegs über die deutsche Absicht hinsichtlich Belgiens waren nie so klar, um das Mißtrauen in den Ententeländern beseitigen zu können. So ist er in seiner Rede von den Forderungen (die in seiner Gegenwart im Reichstags wiederholt erhoben wurden) der Leute abgerückt, die wohl keine Annexionen, aber eine Beschränkung des belgischen Volkes in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung verlangten.“

Die Feststellungen Schmidts sind der Dresdner Volkzeitung natürlich recht uneben. Sie wehrt dagegen aber weiter nichts vorzubringen als abermalige Deutung von Worten des Reichskanzlers. Im übrigen läßt das Vorgehen Schmidts darauf schließen, daß es mit der Einigkeit in der alten Fraktion auch sehr nicht weit her sein kann. Die dort verlebene Minderheit ist aber zur völligen Aktionslosigkeit verurteilt. Nach außen hin hat sie alle Verantwortung der Handlungen und der Politik der alten Fraktion mit zu tragen. Wenn die Minderheit eine derartige Rolle weiter sich zumuten lassen, so ist das ihre Sache. Ernst wird sie jedoch niemand mehr nehmen können. Das dürfte besonders für Schmidt bei den meisten Genossen des 7. Wahlkreises zutreffen. Deshalb stehen sie ihm auch die Konsequenzen.

(Weitere Parteinaudrichten siehe 1. Beilage.)

Quittung.

An freiwilligen Beiträgen zur Agitation für die U. S. V. D. gingen beim Bezirkssekretariat ein: W. D., Berlin 2,72 Mk.; G. H., im Felde 85 Pf.; für die Arbeitsgemeinschaft 5 Mk.; U. S., im Felde 50 Pf.

Bezirkspartei-Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anseratenteil:

Kug. Schumann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

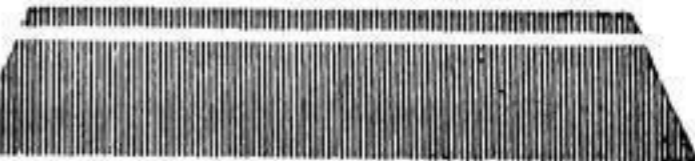
Diese Nummer umfasst 12 Seiten

Die neue Kriegsanleihe

MUS

ein großer Erfolg werden. Nach dem Fall von Riga, nach der auf allen Fronten abgeschlagenen Offensive bleibt unsren Gegnern nur noch ein Hoffnungschimmer: daß wir wirtschaftlich am Ende unserer Kräfte stehen. — Ein schlechtes Ergebnis der Kriegsanleihe verlängert den Krieg ins Unabsehbare, weil die Feinde dann neue Zuversicht schöpfen und neue Vernichtungspläne schmieden.

Darum zeichne!



Welcher Deutsche wird den braven deutschen Kriegern seine Hilfe versagen, wenn er helfen kann?

Jeder, der getragene Kleidungsstücke unbenuzt zurückhält, versagt den deutschen Kriegern seine Hilfe.

Bringt daher jedes entbehrliche, auch stark abgetragene Kleidungsstück der Kleiderstelle, Nikolaistr. 12.

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Herrn. A. H. 41) (Nachdruck verboten.)

Doch da sah es wie ein Schatten in ihrem kindlichen Blick, ein Schatten, der sich nicht vertreiben lassen wollte, weder von Liebesküssen, noch von Gründen.

Wie lächerlich klein erschien ihm jetzt, was ihn veranlaßt hatte, Todeschatten in diese Kinderseele zu werfen — als Nichts, er erinnerte sich seiner nicht einmal. Aber der Schatten selbst stimmte ihn froh ob der Liebe, die dahinter lag, und er scherzte mit ihrem Ernst und ahmte ihren schwermühtigen Gesichtsausdruck nach. „Sie sollten wirklich ein wenig blutreizigenden Tee versuchen,“ sagte er mit Dorteas Hansens Stimme, und da mußte Else lachen.

Sie sahen im Grase vor einem Gestrüpp und schauten auf den Fjord hinaus. Er hatte ihre Hand entfloht und einen Ring von seinem Finger gezogen und an den ihren gesteckt. „Wir haben gleich dicke Finger,“ sagte er erstaunt. „Willst du ihn behalten?“

Sie reichte ihm ihren Mund, lächelnd, mit geschlossenen Augen.

„Aber es sind Verpflichtungen damit verbunden,“ sagte er und sagte sie unters Kinn. „Steh mich an!“

Sie sah ihn an, mit großen, aufmerksamen Augen. „Du sollst mich in allem lieb haben, — aber du darfst nie an Eise denken, hörst du, nicht an Verjorgung. Für dich besteht ich nichts anderes als mich selbst. Und du darfst mich nicht aus Mitleid lieben, deine Lebensstriche sind es, die ich befehlen will; sobald ich merke, daß du mir Mitleid erweist, verlasse ich dich. Und wenn du an mir etwas Altes oder Unglückliches merkst, so daß deine Wärme ein andres Ziel hat, so sollst du mich ehrlich und rücksichtslos den Rücken kehren, verprügel mich das!“

Sie nickte nachdenklich, — sie hatte ihn nicht recht verstanden. Dann schlug sie plötzlich die Arme um seinen Hals: „Aber wir wollen einander immer lieb haben, nicht?“

„Solange es naturgemäß dauert, wollen wir’s.“

„Ja, aber es dauert immer, glaubst du nicht auch?“

„Vielleicht und vielleicht nicht, darüber entscheiden wir nicht, die Gefühle wachsen von innen heraus. Aber wir können der Liebe das Beste abgewinnen, solange sie dauert; und wir können ehrlich sein, wenn es ausfällt.“ Dieser Vorbehalt galt nicht ihm selbst, sondern ihr. Er fühlte sich seiner eigenen Gefühle sicher, konnte sie aber auf die Dauer — wie er nun einmal war? Jedenfalls wollte er von keinem Zwange wissen, keinem trägen Schweben über dem ausgebrannten Krater, keinem chelischen Todendasein.

„Wie kannst du nur so sprechen — gerade jetzt?“ sagte sie fast weinend. „Ich werde nie einen andern lieb haben als dich — nie.“

„Du —“ sagte er gedehnt und weich. „Ich hab neulich etwas gesehen, das ich nie sehen durfte — darf ich jetzt? Darf ich es küssen?“

Sie wandte ihr Gesicht halb ab und schaute unentschieden in die Luft hinaus, und als er ihr Kleid an Hals und Brust zu öffnen begann, barg sie ihr Gesicht an seiner Schulter. Aber da er sich allein nicht zurecht fand, kam ihre Hand ihm zu Hilfe. Behutsam schob er das jungensförmig ausgeschnittene Hemd hinab und preßte sein Gesicht an ihren weichen Busen. „Du bist so schön, so schön,“ flüsterte er. Und sie bückte sich über seinen Nacken und küßte ihn, stammend vor Scham und Freude.

Dann lagen sie nebeneinander im Grase und plauderten, sie mit dem Kopf in seinem Arm.

Und als sie still wurden, beugte er sein Gesicht über das ihre und sah ihr unsicher lächelnd in die Augen. Sie starrte ihn an mit scheuem, verwirrtem Blick, der in weite Fernen zu gehen schien. Dann glitten ihre Augen zu, und sie suchte ihn mit ihrem Munde.

Aber ihr Blick hatte seine Gedanken eingefangen und hielt sie fest. Er sah eine weisse, tote Hand sich sperrend über ein Stück fruchtbares Erdreich legen und alles Leben fernhalten. Das Bild hatte kein persönliches Ziel, er sah es bloß und fügte neue und immer neue Gedanken daran, die fern und gleichgültig waren, — während er mechanisch auf seinen Ellenbogen ruhte und sein Gesicht lange über das ihre hielt.

Ein Leben durchzuckte sie, und sie erhob sich schnell.

„Frierst dich?“ fragte er und half ihr fürsorglich zurecht.

„Wir müssen nach Hause gehen,“ erwiderte sie tonlos.

„Ja,“ sagte er zerstreut und nahm ihren Arm. Sie sahen das Haus und das Wäldchen ein Ende oberhalb und gingen geradeswegs über die Wiesen.

Und als sie so schweigend nebeneinander dahinschrritten, schlug die Scham über ihm zusammen wie eine große Sturzwelle. Und er verstand das Ganze, ihr Frösteln vorher, ihren stummen Schauer jetzt. In diesem unberührten Wesen hatte er das Weib hervorgeholt, sie hatte ihm ihre Wünsche naht gezeigt, und er hatte diese und sie im Stich gelassen. Er hatte sie geschändet, sie mußte es schlimmer empfinden, als ob er sie mit Worten verurteilt und ihr die ärgsten Namen gegeben hätte.

Keinerlei Recht hatte er dazu, hier neben ihr zu gehen — nicht das einzige Recht, das des Starren. Das einzige in der Welt, das einem Manne das Recht gab, ein Weib in die Arme zu schließen, die Unbezwingbarkeit des Gefühls hatte er nicht — nicht einmal einen Schatten davon. Er konnte jung, konnte verliebt erscheinen, er konnte die Jugend ausplaudern und ihre erotischen Anisse nachahmen; aber im Unbewussten erlag er, er fiel einer elenden Abstraktion, der Notwehr seiner Kraftlosigkeit zum Opfer.

Alles erdenklichen Bösen wollte er sich bezichtigen. Seine Seele blutete, er fühlte den Drang, diesem Weibe Genugtuung zu geben, auf die Knie zu fallen und sie anzubeten, ihr zu erzählen, wie groß sie gewesen sei und wie armelig er.

Als sie auf den Fjord kamen, schlang er seine Arme um sie und küßte sie heftig. Es schwebte ihm auf der Lippe, sie um Verzeihung zu bitten, fürchtete sich aber darüber, ihr das Peinliche noch peinlicher zu machen, und eilte in sein Zimmer hinauf.

Eses Mutter war in der Schlafstube, im Begriff, sich auszukleiden.

„Na, hast du dich denn amüsiert?“ fragte sie. „Ja — Bauder und ich buzen uns jetzt,“ fragte sie atemlos.

„Nun, das ist doch nicht so wunderbar amüsiert,“ meinte die Mutter lächelnd und streichelte ihr Haar; es waren weisse Grashalme darin.

Else schwieg. Als sie aber im Bett lag und gerade einschlafen wollte, brach sie plötzlich in Lachen aus — sie mußte an die große Lene, an die Turniere und den Zopf denken. Und nun plapperte sie darauflos von all dem Späßigen, das sie gesehen hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sonne und ihr künstlicher Erfaß in der Medizin.

Auch in weitere Kreise ist die Kunde gedrungen von den heilsamen Einflüssen, die die Sonne auszubilden vermag. Das „Sonnenbad“ hat große Verbreitung gefunden. Namentlich ist es die Höhen- und die ärztliche Welt, die den größten Erfolg zu verzeichnen hat. Das liegt wohl daran, daß ein Teil der Sonnenstrahlen, die nicht sichtbar im Spektrum hinter dem Violet gelegenen oder ultravioletten Strahlen des Sonnenpektrums beim Durchgang durch die Atmosphäre zum Teil absorbiert werden, so daß das in tiefer gelegenen Gegenden gelangende Sonnenlicht weniger ultraviolette Strahlen enthält als die Sonne in der Höhe. Zahlreiche Beobachtungen weisen darauf hin, daß eben diese nicht sichtbaren, ultravioletten Strahlen die biologisch wirksamsten sind. Man hat diese Strahlen auch die chemischen Strahlen genannt, weil sie die Eigenschaft besitzen, chemische Wirkungen auszulösen. Das Gleichen der Verwendung, das „Verkohlen“ geläuteter Stoffe und das Verblasen von Aquarellmalereien sind allbekannte Beispiele dieser chemischen Wirkungen der ultravioletten Strahlen der Sonne. Ein andres schönes Beispiel dieser chemischen Wirkung ist das Braunwerden des gefärbten Lammchloas: die braune Farbe der Schweizer Cholets in den Bergen ist kein Kunstprodukt, sondern eine Wirkung der Sonne. Der Bauer in den Bergen baut sein Cholel mit der Hauptsache aus Sonne, und man kann sich in den Bergen davon überzeugen, daß beinahe sämtliche Cholets, die weit zerstreut auf den grünen Matten eines Bergabhanges liegen, mit der Fassade nach derselben Seite gerichtet sind und daß vornehmlich diese Wand des Cholets die charakteristische braune Farbe hat, während die andern Wände eine mehr graue Farbe besitzen. Auf den chemischen Wirkungen der Sonnenstrahlen beruht auch die Photographie. Jeder, der sich mit Photographie beschäftigt hat, weiß, daß man mit den lichtempfindlichen Platten bei röthlichem Licht manipulieren muß: die roten Strahlen des Sonnenpektrums, die allein durch das rote Glas hindurchgelassen werden, sind die sogenannten „Wärmestrahlen“ — sie wirken erwärmend und lösen nicht chemische Prozesse aus. Da nun das Leben eine Kette chemischer Vorgänge darstellt, so ist begreiflich, daß vor allem die chemisch wirksamen ultravioletten Strahlen auch biologisch wirksam sein werden.

Je nach der Menge der einwirkenden Strahlen und je nach der Dauer der Bestrahlung wird die biologische Wirkung eine Reizwirkung oder eine tödliche Wirkung sein. Die Reizwirkung, auf die es vor allem in der Sonnenbestrahlung ankommt, besteht in der Steigerung des Stoffwechsels. Die Bräunung der Haut infolge vermehrter Sonnenbestrahlung ist auf eine Vermehrung des Pigments in den Zellen der Haut zurückzuführen, und das Pigment darf als ein Stoffwechselprodukt, als eine im Stoffwechsel der Zellen sich bildende Schlacke betrachtet werden. Der Reiz, der von den Sonnenstrahlen auf die Haut angeht, ruft, vielleicht auf dem Umwege über das Nervensystem, eine Steigerung des allgemeinen Stoffwechsels hervor wie die frische Luft oder wie das warme Bad. Außer dieser allgemeinen Wirkung der Sonnenstrahlen auf den Organismus kommen aber bei der Sonnenbestrahlung noch die lokalen Wirkungen in Betracht. Die Sonnenstrahlen töten Bakterien — die alte gute Sitte, Betten und Wäsche in die Sonne zu legen, hat heute ihre wissenschaftliche Begründung gefunden. In Wunden, in denen es beinahe stets von Bakterien wimmelt, die Eiterungen veranlassen, werden die Bakterien abgetödtet, wenn die Wunde der Sonne ausgesetzt wird. Auch das frische Gewebe wird durch die Sonnenstrahlen abgetödtet, so daß die Abstoßung der toten Gewebeteile beschleunigt wird. Außerdem reizt die Sonnenstrahlung die Zellen des Bindegewebes zu beschleunigter Vermehrung an, so daß sich schneller das sogenannte „Granulationsgewebe“ ausbildet, dieses rote Gewebe, das wir in vom Eiter gereinigten Wunden sehen können, und das die Grundlage der sich bildenden Narbe ist. Auch rufen die Sonnenstrahlen eine Erweiterung der kleinsten Blutgefäße, eine Hyperämie, hervor, wodurch der Zutritt zum Wundort vermehrt wird. Dadurch wird wohl eine schnellere Abfuhr der Schlacken aus der Wunde und eine schnellere Zufuhr von Nährstoffen ermöglicht, was beides unerlässlich ist, wenn eine beschleunigte Vermehrung der Zellen des Granulationsgewebes an dieser Stelle vor sich gehen soll.

Auf den allgemeinen und lokalen Wirkungen der Sonnenstrahlen beruht die heilende Kraft der Sonne in der Bergeshöhe gegenüber den Tuberkulosekranken. Die Erfolge, die der Schweizer Arzt Rollier in Venos auf diesem Gebiete erzielt hat, sind wohl bekannt geworden, und seine Behandlungsmethoden haben überall Nachahmung gefunden. An der Behandlung der Knochentuberkulose ist durch die Anwendung der Sonne in den Bergen eine ganz neue Aera eingeleitet worden.

Aber ultraviolette Strahlen werden auch von künstlichen Lichtquellen ausgeliefert. Manche künstliche Lichtquellen sind an ultravioletten Strahlen arm, z. B. die Petroleumlampe, die häufig auch als Wärmequelle in Form des Petroleumofens dient. Andere Lichtquellen sind an ultravioletten Strahlen sehr reich, z. B. die elektrische Nadelampe. So bietet die Technik der Medizin eine Handhabe, die Wirkungen des ultravioletten Anteils der Sonnenstrahlen unabhängig vom Sonnenlicht zur Anwendung zu bringen. Wohl der bekannteste und erfolgreichste Versuch der Anwendung von einer künstlichen Lichtquelle gelandten ultravioletten Strahlen in der Medizin ist vor etwa 15 Jahren vom dänischen Arzt Jüsen gemacht worden. Er wandte die von einer elektrischen Nadelampe kommenden Strahlen zur Behandlung des Lupus, d. h. der Hauttuberkulose, an. Er benutzte zu diesem Zweck einen Apparat, der es gestattete, die Strahlen der Nadelampe zu konzentrieren. Die Sammelrinne ließ er statt aus Glas aus Bernstein anfertigen, da Glas die Eigenschaft besitzt, die ultravioletten Strahlen zu absorbieren, während Bernstein sie durchläßt. Jüsen hat sich unsterbliche Verdienste um die Behandlung der Hauttuberkulose, die namentlich das Gesicht befallen, erworben, seine Methoden werden heutzutage beinahe in sämtlichen Kliniken angewandt, in denen die Hauttuberkulose behandelt wird. Den großen Erfolg, die Jüsen mit den ultravioletten Strahlen einer künstlichen Lichtquelle erzielte, ist es zum Teil zu danken, daß die Aufmerksamkeit der Verate und

weiterer Kreise auf die ultravioletten Strahlen als Heilmittel überhaupt gelenkt wurde.

Nachdem die Beobachtung gezeigt hatte, daß die Tuberkulose in so außerordentlicher Weise von den ultravioletten Strahlen beeinflusst wurde, suchte man den Gesichtspunkt, auch andre entzündliche Zustände in derselben Weise zu behandeln. Heute wissen wir, daß einige Wunden ebenfalls von der Sonne günstig beeinflusst werden. Diese Erkenntnis mußte den Wunsch rege machen, die Wohlthaten der Höhen- und Bergsonne, die so reich an ultravioletten Strahlen ist, auch in der Niederung den Patienten zukommen zu lassen. Hier bietet sich ein neues dankbares Feld für die Anwendung von ultravioletten Strahlen einer künstlichen Lichtquelle, für die Anwendung der „künstlichen Höhen- und Bergsonne“. Vor einiger Zeit ist nun in der Chirurgischen Klinik der Universität Bern eine eingehende systematische Untersuchung darüber angestellt worden, ob es möglich sei, eiternde Wunden mit den ultravioletten Strahlen einer künstlichen Lichtquelle zu beeinflussen. Bei 25 Patienten wurde außer den üblichen Methoden der Behandlung eitriger Wunden auch die Bestrahlung angewandt. Es handelte sich namentlich um Kranke, die sich ihre Wunde infolge eines Unfalls zugezogen hatten. Solche Wunden zeigen in der Regel eine starke Neigung zur Eiterung, da mit dem Schmerz zahlreichste Bakterien in die Wunde hereingeraten. Diese Wunden heilen nur sehr langsam. Dr. A. Isler, der über seine Beobachtungen in einer Dissertation berichtet, leste die Patienten für 5 bis 10 Minuten der Bestrahlung aus. Die Bildung von Granulationsgewebe, dessen Bedeutung für die Wundheilung wir oben schon erwähnt haben, wurde nützlich angeregt und auf diese Weise wurde der Wundheilungsvorgang bedeutend beschleunigt. Dr. Isler konnte auch feststellen, daß in den Fällen, wo die Bestrahlung angewandt wurde, die Narben sich durch ihre geringere Schmerzhaftigkeit auszeichneten. Dr. Isler mußte sich jedoch überzeugen, daß die Bestrahlung mit künstlichem Licht nur oberflächlich wirkt, nicht in die Tiefe dringt: dort, wo die Eiterung tiefer lag, konnte ein Einfluß der Bestrahlung nicht festgestellt werden. Diese Erscheinung wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß ultraviolette Strahlen von tierischen Geweben stark absorbiert werden. Es ist also von vornherein wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß in der Tiefe der Gewebe beträchtliche Wirkungen zustandekommen werden. So konnte Dr. Isler auch feststellen, daß die künstliche Bestrahlung Knochen- und Lymphdrüsen-tuberkulose unbeeinträchtigt läßt.

In letzterer Beziehung verhält sich also die Bestrahlung mit künstlichen ultravioletten Strahlen anders als die Sonnenbestrahlung. Wir müssen uns das wohl damit erklären, daß die Sonnenstrahlen nicht nur eine lokale, sondern auch eine allgemeine Reaktion des Organismus hervorrufen, indem, wie wir schon erwähnt haben, der Stoffwechsel des Organismus eine Steigerung erfährt. Nicht eine direkte Wirkung der Sonnenstrahlen auf den befallenen Knochen führt zur Heilung, sondern der unter dem Einfluß der Sonnenstrahlen veränderte Stoffwechsel hebt die Widerstandskraft des Organismus, setzt ihn in den Stand, ihm innewohnende Kräfte gegen den Erreger der tuberkulösen Entzündung und gegen die aus dem erkrankten Gewebe in den Kreislauf eintretenden abnormen Fortschrittsprodukte in Bewegung zu setzen. Daneben kommt aber natürlich bei oberflächlichen tuberkulösen Wunden auch die direkte lokale Wirkung der Sonnenstrahlen in Betracht. Dagegen handelt es sich bei der Bestrahlung mit künstlichem Licht wohl nur um eine lokale Wirkung auf die ergriffenen Stellen.

So bieten, wie wir sehen, die ultravioletten Strahlen der künstlichen Lichtquellen zwar keinen vollständigen Ersatz für die Sonnenstrahlen, indem ihnen augenscheinlich nicht jene wohltuende und bedeutungsvolle Wirkung auf den allgemeinen Stoffwechsel zukommt. Aber sie haben sich als ein wirksames Mittel bei der Behandlung eiternder Wunden erwiesen, und der Arzt wie der Patient werden dieses Mittel freudig begrüßen. Dr. A. Lipschütz.

Kleine Chronik.

Schwarzlinke eines Feldgrauen. Schattenrisse von Emil Zohse. Vollständige Ausgabe, herausgegeben vom Dresdener Zeichenlehrerverein. 16 Blätter in Mappe. Dresden, Verlag von Holtz u. Wachtel. Preis 1.50 Mk. — Die Kunst der Schattenrißkunst, die seit einigen Jahren zu beobachten ist und im Kunstwart ihren eifrigsten Förderer gefunden hat, scheint unter dem Kriege nur wenig zu leiden. Wer vor kurzem die Schattenrißausstellung von Carlos Lips im Leipziger Kunstverein sah, mußte ihr sogar zugestehen, daß sie den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft ohne irgendwelchen Nachteil vollzogen hat. Lips war einer der ersten, die die Silhouette mit großem Glanz für vollständige künstlerische Motive verwandten und es in der Herrschaft über das schwarze Material rasch bis zur Bewältigung schwieriger Massenfragen brachten; er blieb dabei auch insofern stets materialgerecht, als er wirkliche Scherenschnitte, seine bloßen Zeichnungen schuf. Die geschnittene Silhouette hat vor der gezeichneten an ästhetischen Wirkungen manches voraus, so den herben, edigen Kontur und den ganzen, reizvollen Schlaghaften, der das ausgelebte Bild lebendig von dem weichen oder farbigen Grund abhebt; man wird sie deswegen, künstlich meist über die Pinselsilhouette stellen, die eine weniger gewandte Hand und entwickelte Technik erfordert. Damit soll diese jedoch durchaus nicht verworfen werden. Man braucht nur die vorliegenden Schwarzlinke eines Feldgrauen anzusehen, die in den von Lips eingeschlagenen Bahnen weiterwandeln, aber ganz offenbar nicht geschnitten, sondern gezeichnet sind, um zu erkennen, daß sich mit dieser Technik ebenfalls die ausnehmendsten Wirkungen erreichen lassen. Ihr Verfertiger, der Dresdener Zeichenlehrer Emil Zohse, hat sie nach Kriegseindrücken draußen im Felde angefertigt, ohne Anspruch auf vollkünstlerische Leistungen zu erheben; aber gerade die Anspruchlosigkeit, die sich unbefangenes gibt, macht seine kleinen Blätter umgemein liebenswert und sympathisch. Während Lips die Dinge mehr pathetisch ansieht, nähert sich Zohse ihnen mit Vorliebe von der humoristischen Seite, die nicht minder dankbar ist und gerade dem Schattenriß reiche Möglichkeiten bietet. Das kleine Bild auf dem Titelblatt (der Künstler, mit einer großen Feder bewaffnet, spielt mit dem Senfmann Haiken) ist das hübschste Beispiel dieser feinkomischen, niemals aufdringlichen und verlegenden Art, die neben den einfachsten Vorwürfen auch widerspenstige Kompositionen mit teilweise recht komplizierter Perspektive aufstandslos meistert. Der Erfolg von Zohses Kunst konnte nicht lobrunder und schärfer sein, als wie ihn das kurze Vorwort der Mappe schildert: „Manchmal blüht ihm ein Kamerad über die Achsel und hat seine Freude an den lebensvollen Schattenbildern, die die geschnittenen Hände scheinbar so mühelos auf Papier zaubern. Wieder und wieder muß er zuschauen, und schließlich greift der Mann, ein Postbote botte aus Miga, selbst zur Schere und versucht auch. Schlummernde Kräfte wachen auf, und nach kurzer Zeit formt er mit sicherem Schnitt das treffliche Bild seines Lehrmeisters. Dies Scherenschnitt hat der Herausgeber der Mappe vorangestellt, es zeigt den Künstler stehend und hontierend auf dem Feldfuß und ist um kein Haar schlechter geworden als die Schattenrisse des kunstfertigen Lehrers selbst.“

Neues Theater. Sonntag, 1/7 Uhr: Don Juan (neu einstudiert). Montag, 7 Uhr: Wenn ich König wär'. Dienstag, 8 Uhr: Peer Gynt. Mittwoch, 7 Uhr: Carmen. Donnerstag, 7 Uhr: Die Braut von Messina. Freitag, 7 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten (neu einstudiert). Sonnabend, 1/7 Uhr: Don Juan. Sonntag, 30. September, 8 Uhr: Hofengrün. Montag, 1. Oktober, 7 Uhr: Plagios Hochzeit. — **Aldes Theater.** Sonntag, 1/8 Uhr: Die Kreuzschreiber. Montag, 1/8 Uhr: Die fünf Frankfurt (volkstümliche Vorstellung). Dienstag geschlossen. Mittwoch, 1/8 Uhr: Die Glöcklein. Donnerstag geschlossen. Freitag, 1/8 Uhr: Die seltsame Exzellenz (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: König Richard II. Sonntag, 30. September, 1/3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Kreuzschreiber), 7 Uhr: König Richard II. Montag, 1. Oktober, 1/8 Uhr: Die Kreuzschreiber. — **Neues Operentheater.** Sonntag, 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Künstlerblut), 1/8 Uhr: Das süße Mädel. Montag, 1/8 Uhr: Der fidele Bauer (volkstümliche Vorstellung). Dienstag 1/8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Mittwoch, 1/8 Uhr: Eva. Donnerstag, 1/8 Uhr: Die Fahrt ins Glück. Freitag, 1/8 Uhr: Künstlerblut (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 1/8 Uhr: Panuschka (Uraufführung). Sonntag, 30. September,

1/8 Uhr: Panuschka. Montag, 1. Oktober, 1/8 Uhr: Wiener Blut (volkstümliche Vorstellung). — **Max Regers' einzige Ballett-Suite**, zu der die Ballettmeisterin Emma Gronowa unter dem Titel Pierrot's erster Ball die Pantomime geschrieben hat, gelangt am 10. Oktober im Neuen Theater zur Uraufführung. — **Leipziger Schauspieltheater.** Sonntag, 1/4 Uhr: Die Königin der Lust (Einheitspreise), 1/8 Uhr: Die Königin der Lust. Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 1/8 Uhr: Die Königin der Lust. Sonnabend, 1/8 Uhr: Mausefang (Luftspiel von Emil Götli, Uraufführung). Sonntag, 30. September, 1/2 Uhr: Künstlerische Morgenfeier (Emil Götli), 1/4 Uhr: Die Königin der Lust (Einheitspreise), 1/8 Uhr: Dydorpol's Erben (Komödie von Robert Groitzsch, Uraufführung). Montag, 1. Oktober, 1/8 Uhr: Mausefang. Dienstag, 2. Oktober, 1/8 Uhr: Dydorpol's Erben. — Sonntag, 30. September, bringt die erste der angekündigten künstlerischen Morgenfeier, die im Zeichen Emil Götli steht. Fritz Droop (Mannheim) wird über den Dichter sprechen, Hans Reibel Prosa Götli lesen, das Schachtel-Quartett

die Fajer mit dem C-Moll-Quartett von Brahms einleiten und mit dem K-Dur-Quartett Schumanns ausklingen lassen. Für die Spielzeit sind zunächst zehn Morgenfeiern geplant, die in mannigfaltiger Weise den Spielplan ergänzen oder den Stimmungen der Zeit Ausdruck geben sollen, und die die Musik und gegebenenfalls den künstlerischen Tanz zur Unterhaltung des gesprochenen Wortes heranziehen werden. Zu den ersten Morgenfeiern haben u. a. ihre Mitwirkung zugesagt Geheimrat Prof. Dr. Ritter, Prof. Dr. Witkowski, Prof. Parge. Für die Morgenfeiern gelten Einheitspreise (50 Pf., 30 Pf. und 1.10 Mt.). Wiederholungen der einzelnen Feiern können nicht stattfinden. — **Battenbergtheater.** Abends 8 Uhr: Die Rose vom Rhein. — **Ausstellung P. S. Weyer u. Sohn** (Thymarung 22). Ausgestellt sind: Originalgraphit und Gemälde von Albrecht Leister (Leipzig), Ernst Müller-Graefe (Dresden), Erich Thum (Berlin), Paul Schindler (Leipzig), Max Schulze (Partenkirchen) und Hans Liebmann (Leipzig), außerdem einzelne Werke von Dill, Sagemeyer, Klinger, Menzel, Schleich, Seewert, Stadler, Thoma, Zingel, usw.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein ansehnliches Verfahren.

Die letzte Sitzung der Zweiten Kammer des Landtags, in der über die Feuerungszulagen an Staatsbeamte beraten und beschlossen wurde, führte vor der Abstimmung zu einer langen und erregten Geschäftsordnungsdebatte, deren Ursache von großer prinzipieller Tragweite ist. Für die unabhängige sozialdemokratische Fraktion hatte Abg. Fleißner drei Änderungsanträge eingebracht. Sie verlangten den Wegfall der Feuerungszulagen an Beamte mit mehr als 6000 Mk. Gehalt, die Voraussetzung der Mindestgehälter und Löhne für Staatsangestellte und Arbeiter auf 1500 Mk. (die Regierung will nur 1200 Mk. gewähren), und den Wegfall der Feuerungszulagen an über 35 Jahre alte Beamtenkinder, die kein eigenes Einkommen und Vermögen haben. Die alte sozialdemokratische Fraktion hatte ebenfalls einen Antrag auf Wegfall der Feuerungszulagen für die Beamten der zwei oberen Gehaltsklassen gestellt. Die fortschrittliche Fraktion hatte ihre Zustimmung zu diesen Anträgen erklärt, die in der Debatte eingehend begründet wurden.

Zu einer Abstimmung über diese Anträge kam es jedoch nicht! Der Präsident hielt sie nach den bestehenden Vorschriften für unzulässig, weil es sich bei der Vorlage nur darum handle, Stellung zu früher gefassten Beschlüssen der Zweiten Kammer in der gleichen Sache zu nehmen, die von der Ersten Kammer abgeändert worden sind, eben wegen der zwischen von der Regierung angeordneten abermaligen Feuerungszulagen. Die Beschlüsse der Ersten Kammer könnten nur nach der Vorlage angenommen oder abgelehnt werden. Trete der letztere Fall ein, dann müsste das Vereinigungsverfahren zwischen beiden Kammern angewendet werden, wobei die gestellten Anträge Berücksichtigung finden könnten.

Die Antragsteller und auch Abg. Günther (Sp.) protestierten entschieden gegen dieses Verfahren, das eine starke Vernachlässigung des Einspruchs und der Rechte der Zweiten Kammer bedeutet. Schließlich wurde von sozialdemokratischer Seite eine Abstimmung darüber verlangt, ob über die Anträge abgestimmt werden dürfe. Die Mehrheit entschied sich gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler für die Auffassung des Präsidenten. Die Anträge kamen infolgedessen nicht zur Abstimmung! Nunmehr gaben die Antragsteller und auch die Fortschrittler die eine ausdrückliche Erklärung ab, daß ihre Zustimmung zur Vorlage nicht so zu verstehen sei, daß sie den Punkten nicht zustimmen, die durch ihre Anträge abgelehnt oder geändert werden sollten.

Zum allgemeinen Verständnis der Sache ist folgendes zu bemerken: Die Zweite Kammer hatte bereits im Juli einen Antrag nach sowie den Nachtragetat der Regierung und damit auch die Frage der Feuerungszulagen erledigt. Die Erste Kammer aber beschloß sich erst jetzt, nach der Beratung, mit der Sache. Im dem Beschlusse der Zweiten Kammer war u. a. auch gesagt, daß die Regierung die Feuerungszulagen neu regeln soll, wenn das Reich und Preußen später wieder und mehr bewilligen. Dieser Fall war inzwischen eingetreten. Die Regierung brachte aber nicht eine besondere formelle Vorlage ein, obwohl es sich um einen Gesamtbetrag von über 57 Millionen Mark, auf das Jahr gerechnet, handelt, sondern sie kam mit einem Schreiben an den Landtag. Sie wählte diesen Weg, um die Erhebung der Sache zu beschleunigen, da in Preußen die Erhöhungen schon am 1. Juli in Wirkung traten. In einer Besprechung des Finanzministeriums mit den Fraktionsvertretern wurde der Form der Behandlung nicht widersprochen, aber jede weitere Stellungnahme zur Angelegenheit vorbehalten. Heute die Regierung eine besondere Vorlage eingebracht, dann hätte diese nach den Vorschriften nicht an die Zweite Kammer gehen müssen und die Erste Kammer wäre nicht in der Lage gewesen, sie zugleich mit dem Nachtragetat und dem Antrag nach zu erledigen, oder sie hätte beides solange liegen lassen müssen, bis die neue Vorlage in der Zweiten Kammer erledigt war. Das von der Regierung beliebte Verfahren hatte also zweifellos den Vorzug der Beschleunigung, es sollte und durfte aber nicht auch zugleich an einer Beeinträchtigung der Rechte der Zweiten Kammer führen.

Die Auslegung des Präsidenten und der Mehrheit der Zweiten Kammer ist mindestens zweifelhaft und sehr ansehnlich. Es wäre nur einwandfrei, wenn es sich bei den Beschlüssen der Ersten Kammer lediglich um eine Änderung der Beschlüsse der Zweiten Kammer handelte, nicht aber im Interesse der Wahrung des Budgetrechts der Zweiten Kammer entschieden befürwortet werden. Denn die Förderung der Regierung war eine neue, zu der die Zweite Kammer noch nicht mit Stellung nehmen konnte, als sie ihre ersten Beschlüsse faßte. Jetzt liegt die Sache so: Die Regierung kommt mit einer sehr großen und wichtigen Forderung. Die Erste Kammer entspricht derselben. In der Zweiten aber werden wichtige Änderungsanträge gestellt. Über diese wird jedoch nicht abgestimmt, weil die Forderung der Regierung, die nun Beschluß der Ersten Kammer ist, nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden kann. Und das lediglich aus dem rein formalen Grunde, weil es sich nicht um eine offizielle Vorlage der Regierung handelt, sondern um die einem Wunsche der Regierung entsprechende „Veränderung“ der Beschlüsse der Zweiten Kammer durch die Erste. — Selbst der Referent, Abg. Kettner, gibt zu, daß die Einwendungen der Antragsteller nicht unbedeutend sind und daß hier geübte Verfahren verfassungsgemäß bedenklich ist. Aber es müßte schnell gehen! — Der Vorname fordert zum schärften Widerspruch und zur größten Vorsicht für die Zukunft heraus. Wenn ein derartiges Verfahren mode werden sollte, dann würde man die so schon sehr problematische Rechte der Zweiten Kammer gegenüber der Regierung in Finanzsachen mit Rücksicht noch mehr einengen können.

Königsstein. In einem Anfall geistiger Störung verlor sich der in einem benachbarten Sanatorium untergebrachte 24 Jahre alte Student Erich den Arzt Herr Dr. Schaffe, seinen zur Hilfe herbeigeeilten Chauffeur Troth und die Schulleute Schumann und Koppel. Es gelang, den von religiöser Wahnidee besessenen Studenten nach dem Sonnenstein zu bringen.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Ein schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in einem Ziegeleiwerk in der Vorstadt Altschützen. Der dort beschäftigte Arbeiter Robert Ullrich, der im 54. Lebensjahre stand, geriet in einen Zerschlagungs-

wurde von dem im Gange befindlichen Zerschlagungsgerät, wodurch er einen Schädelbruch und schwere Quetschungen erlitt. Er wurde in das städtische Krankenhaus gebracht, wo er starb. — Feuer brach in der Zwickauermühle in R. o. r. u. bei Tharand aus. Mühle und Wohnhaus sind ausgebrannt, alle Maschinen und Motore dem Feuer zum Opfer gefallen.

Aus der Partei.

Beschlüsse der Stockholmer Zimmerwald-Konferenz.

I. K. Die dritte Zimmerwald-Konferenz, die dieser Tage in Stockholm beendet wurde, wählte zu Mitgliedern der Internationalen Sozialistischen Kommission die Ge-

Der Auftakt zum Wahlrechtskampf.

Der Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Leipzigs hatte für Donnerstag, den 20. September, eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saal des Zoologischen Gartens einberufen, die Stellung nahm zu dem reaktionären Wahlrecht in Sachsen und den Gemeinden. Die Versammlung sollte, so sagte der Vorsitzende, Genosse Lipinski, die Einleitung des Kampfes um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Sachsen wie in den Gemeinden sein. Genosse Lipinski wies auf die Erfahrungen der Wahlrechtskämpfe vor dem Kriege hin. Damals haben die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter erreicht, daß der Kampf immer härter ansetzte. Die Not des Krieges zwingt die Arbeiterkämpfer erst recht, immer und immer wieder ihren Anspruch auf das gleiche Wahlrecht geltend zu machen. Welche Mittel die Arbeiterkämpfer in diesem Kampfe anzuwenden wird, das kann unter dem Belagerungsstand natürlich nicht vorher gesagt werden. Aber trotz der ungünstigen Bedingungen werden die Arbeiter auch den richtigen Weg finden, ihre Forderung zur Geltung zu bringen. Namentlich kommt es darauf an, auch das Wahlrecht für die Frauen zu erwirken. Von Vorstehenden und vom Referenten wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Kampf um das allgemeine Wahlrecht auch zugleich ein Kampf für den Frieden ist.

Das Referat hatte Genosse Segger übernommen, der es verstand, die Bedeutung des Wahlrechtskampfes grundständig klar zu beleuchten. Durch lebhaften Beifall brachten die Versammelten ihre Übereinstimmung mit dem Referenten zum Ausdruck. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß die bestehende Klasse im Reich und in Sachsen aus dem lebenden Weltkrieg nicht die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen ableiten will und nicht gewillt ist, ihre politischen Vorrechte im Reich, in Sachsen und in den Gemeinden aufzugeben. Die Versammelten geloben deshalb, alles daranzusetzen, um die Gleichberechtigung zu erkämpfen. Sie fordern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Volksgenossen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Geschlechts in den Land- und Stadtgemeinden, zu den bestehenden Körperschaften in Sachsen und im Reich. Die folgende Erwerbsarbeit der Frau und ihre Eigenschaft als Mutter zwingt sie immer mehr, auf die Gesetzgebung einzuwirken, um ihre soziale Lage zu verbessern. Das kann sie nur erfolgreich tun, wenn sie selbst an der Gesetzgebung teilnimmt. Darum ist gerade die Anerkennung der politischen Gleichberechtigung der Frauen winnende Notwendigkeit.

Die Versammelten fordern die Arbeiter im Reich und im Lande, in den Städten und in den Gemeinden auf, gleich ihnen die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu erheben und mit Nachdruck zu vertreten. Die Demokratisierung der staatsbürgerlichen Rechte im ganzen Reich schafft die Grundbedingung für einen dauernden Frieden.

Genosse Segger führte etwa folgendes aus: Jeden Tag werde in die Welt hinausposaunt, daß Deutschland das freieste Wahlrecht habe. Wenn das auch der Fall sei, so habe der Reichstag aber trotzdem am allerwenigsten zu sauen, er stelle nichts anderes dar als eine Geldbewilligungsmaschine. Dadurch sei schon das Wort von dem freiesten Wahlrecht hinfällig geworden. Die 25 Vaterländer, ein böses Geschick des deutschen Volkes, hätten ein großes Interesse am Weiterbestehen der reaktionären Einrichtungen, und die Bundesstaaten verweigerten jede Forderung in Bezug auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Typische Beispiele dafür böten Bayern und Sachsen. Als von der Parlamentarisierung des Reichstags die Rede war, und als eine Neuordnung auch in den „Vaterländern“ gefordert wurde, sei dagegen Sturm gelaufen worden. In Sachsen haben wir heute genau wie vor 60 Jahren noch dieselben Einrichtungen. So genießt Sachsen vor allen Bundesstaaten den Ruf, das reaktionärste Land zu sein. Es sei denn auch kein Wunder, daß Preußen bei uns eine parlamentarische Anleihe machen und an Stelle des Dreiklassenwahlrechts das Vierklassenwahlrecht einführen wollte. Allerdings haben sich die Verhältnisse inzwischen geändert: die Oberkassier und der Erlaß vom 11. Juli sorgten dafür, daß aus dem preussischen Vorhaben nichts wird. Wahlrecht- und Verfassungskämpfe, so führte der Redner weiter aus, bedürften einer jählen und ununterbrochenen Durchkämpfung. Das Volk habe sein Interesse daran, seine Geschichte von einer Minderheit der Besitzenden bestimmen zu lassen. Wie sich die Dinge gewandelt haben, geht daraus hervor, daß im April dieses Jahres selbst die Preussischen den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Landtage gestellt haben. Obwohl die sächsische Regierung auf dem vermeintlichen Standpunkt beharrt — und man müßte sagen: sie liebt kein Versteckspiel — entwickeln sich die Dinge doch anders. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse unbestimmt ihren Weg gehen, so werde das Volk einfach durch dieselben zu seinen Forderungen getrieben. Das Vierklassenwahlrecht, das den Kleinbürgern und Angehörigen eines gewissen Einkuffs sicherer sollte, habe nichts genützt; man sei dabei von einem Irrtum besungen. Denn gerade in Sachsen habe der Kapitalismus die Gesellschaft zerstückt und viele aus dem Mittelstand in das Proletariat hinabgeworfen. So verarmte der Mittelstand immer mehr, und mittlere und kleine Betriebe würden durch die großen Unternehmungen aufgesaugt. Das beweise aber besser als alles andre, daß diese Schicht mit der Ar-

nossen Büchse, Carlsson und Norman von der schwedischen Vorkampfpartei und zum Sekretär der F. S. G. Genoskin Angelica Balabanow. Die Konferenz sandte Telegramme an die Bolschewiki in Rußland, an Friedrich Adler, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin.

Reichsverbandsmethode.

Die Verbreitung des Artikels der Leipziger Volkszeitung: Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten als Flugblatt ist den Anhängern dieser Politik sehr auf die Nerven gefallen. Die Verbreiter wurden in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung denunziert und die Folge war die Einseitung eines Verfahrens, das noch schwebt.

weitererung auf einem Strange ziehen müsse. Alle die kleinen Mittelchen, die Mittelstandsfonds, die Feuerungszulagen an Beamte und Angestellte, sie können nicht verkaufen; denn weder Lohn- und Feuerungszulagen seien imstande, bei einer Steigerung der Lebensmittelpreise um weit über 100 Prozent einen gerechten Ausgleich zu schaffen. So zwingt man diese Kreise ganz von selbst dazu, ihre Forderungen zu ziehen und politisch zu denken. In Deutschland könne man solange nicht von einem freien Wahlrecht reden, als Volk, Wirtschaft, Verkehr, Ernährungspolitik usw. nicht bestimmt die Volkmeinung zum Ausdruck bringen können. Und wie im Reich, so sei es auch im Staat und in der Gemeinde. Wenn man aber in Sachsen jede Neuordnung hintertreibt, so könne man auch im Reich nicht an eine solche glauben. Darum sei es höchste Zeit, daß auch in Sachsen demokratische Forderungen durchgesetzt werden; nicht mehr das Recht des Geldes, sondern das gleiche Wahlrecht für jeden Staatsbürger sei zu fordern; und die Regierung, die sich solcher Forderung widersetzt, müsse zum Abtreten gezwungen werden. Die Frage nach den Gründen für solche Forderungen beantwortete der Redner mit dem Hinweis auf die Tatsache: daß in Deutschland die Regierungen nicht vom Volkswillen abhängig, sondern Oligarchregierungen seien. Wie im Jahre 1848, so müsse auch heute die Forderung nach politischer Freiheit von unten heraus kommen. Dabei sei aber die Forderung bedauerlich, daß nicht nur bürgerliche Kreise, sondern auch die rechtsstehende Sozialdemokratie im sächsischen Landtag die Regierung beschworen habe, die Forderung im Wahlrechtskampf zu übernehmen und nicht der Strafe zu überlassen! Im Anschluß an die Ablehnung des allgemeinen gleichberechtigten Wahlrechts zum sächsischen Landtag in der Neuordnungskommission habe der Vorwärts geschrieben, die sächsische Regierung müsse durch die Reichsregierung zur Aktion gezwungen werden. Das schreibe ein sozialdemokratisches Blatt, das wissen müsse, aus welchen reaktionären Elementen die Reichsregierung bestehe. Angesichts solcher Worte im Zentralorgan der rechtsorientierten Sozialdemokratie kann man nur sagen, daß bei jenen Leuten alle Regisse von wirklicher Demokratie verloren gegangen sind. Sie haben vor einer Volksbewegung offenbar mehr Angst als die Regierungen selber. Aber die Bewegung kommt, weil sie kommen muß.

Daß eine prinzipielle Änderung in Staaten und Reich kommen muß, darüber sind sich auch die Regierungen klar: so wie bisher können die politischen und wirtschaftlichen Dinge nicht weitergehen. Nicht aber über den einzuschlagenden Weg ist man sich klar. Noch seien Einrichtungen vorhanden, ohne deren Beseitigung ein wirksames Vordringen nicht möglich sei. Vor allem handle es sich um die Abschaffung der Ersten Kammer. In diesen Überlegungen werde die Politik des Landes bestimmt, die Oberhäuser seien die „Verherrlichungsgesellschaften gegen die sozialistische Forderung“. Vor Beseitigung der Ersten Kammer könne eine wirkliche Volkspolitik nicht getrieben werden. Und post den Zweiten Kammer ist nach dieser Richtung keine Hilfe zu erwarten. Auch im sächsischen Landtag seien derartige Forderungen gestellt worden, und zwar gleich mit dem Hinweis: sollten sie abgelehnt werden, dann wollen wir wenigstens das Oberhaus reformieren!

Zum Gemeindefortschritt übergehend, führte der Redner einen Kommunalwahlrecht und zeigte an dem schon bekannten Sachsenmaterial die ganze Mängelhaftigkeit dieses Wahlrechts auf. Aber, so fügte er hinzu, nicht nur in Leipzig, sondern überall bestimmen die Besitzenden. Die Schranken, die Bäcker und Einwohner trennen, dürfen nicht länger bestehen bleiben. Sie müssen fallen! Man habe in der letzten Sitzung des Stadtverordnetenskollegiums eine kleine Änderung des Wahlrechts beschlossen, aber diese „Reform“ sei im Grunde genommen nur eine Verschlechterung: und für diese neue Umgestaltung nach 23 Jahren haben auch die Vertreter der Regierungssozialisten gestimmt.

Die ganze Steuerpolitik seit 1914, die Kohlensteuer, die Verkehrssteuer mit ihrer Fahrartensteuer, die Ernährungssteuer, alle diese Einschränkungen seien auch auf den wirtschaftlichen Einfluss der Städteverwaltungen bei der Regierung zurückzuführen, was so könne die Gemeindepolitik aufs engste zusammen mit der Reichspolitik. Ein weiterer Beweis für diesen Zusammenhang sei die Verhinderung der enormen Lebensmittelpreise zur Erleichterung des Durchstoßens der Arbeiter. Diese Summen müßten von der Städteverwaltung aufgebracht werden, aus diesem Grunde seien die Stadtparlamente mitverantwortlich und zur Rechenschaft zu ziehen. Und das bedeutet den Kampf, den Kampf um den Frieden heraus, entgegen der Auffassung der Regierungssozialisten, die nach Abschaffung der Anträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Zweite Kammer — obwohl das sächsische Volkslager in Zwickau geschriebe habe, daß die Abgeordneten nur das Volk zum Kampf aufzurufen müßten, und trotzdem die Dresdener Volkszeitung fordert habe, daß der Kampf nun vom Volke geführt werden müsse — sich dagegenstemmen. Das seien die Herrschaften, die für das Durchhalten ohne Neuordnung eintraten! Tagelang habe man kleingeredet, die den Kampf wollten, aus der Partei ausgeschlossen. Und dann mußten wir neu aufbauen. Und so tritt nun die Arbeiterklasse, die sich durchsetzen will und muß, fest und entschlossen in Gemeinde und Staat in den Wahlrechtskampf ein mit der Parole, die auch jetzt während des Krieges nachdrücklich geltend hat: Durchkämpfen bis zum endgültigen Siege!

Aus der Reichshauptstadt.

Erhöhung des Milchpreises. Die Groß-Berliner Kommunalverbände sind übereingekommen, den Verbrauchshöchstpreis für einen Liter Vollmilch von 40 auf 48 Pfg. zu erhöhen.

Kartoffeln. Zur Frage des Bezuges der Kartoffeln aus ländlichen Kreisen teilt der Magistrat mit, daß der unmittelbare Bezug von Kartoffeln vom Erzeuger auf Grund von Bescheinigungen des Magistrats nur aus den Kreisen zulässig ist.

Eier. Auf Abschnitt 31 der Eierkarte kann vom 24. September bis 7. Oktober ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Petroleum. Die Gestaltungszeit der neuen Petroleumkarten und der Verkauf des Kartenpetroleums beginnt am 24. September. Von diesem Tage an sind die Petroleumkarten bei den zuständigen Brotkommissionen in Empfang zu nehmen.

Armenpflegerkongreß. Am Freitag eröffnete der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit im großen Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses seine auf zwei Tage berechneten Verhandlungen über die Uebergangsfürsorge vom Krieg zum Frieden.

Ein Fabrikbrand kam Donnerstag in der Manteuffelstraße 77 zum Ausbruch. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle ankamen, stand die Fabrik der Aktiengesellschaft von Ostar Falbe schon im Erdgeschloß, Keller und ersten Stock in Flammen.

Hinrichtung. Auf dem Gefängnishof zu Spandau fand die Hinrichtung des polnischen Arbeiters Ladislaus Kamecz statt, der im Juli vorigen Jahres in Wolfsburg die Dienstmagd Wöhler ermordet hatte.

Familiendrama. Als der Soldat Jüterbod Donnerstag nachmittag aus dem Felde in seine Wohnung in der Koblenstraße heimkehrte, erfuhr er, daß seine Frau mit einem andern Manne im Hause Bornborfer Straße 44 zusammenwohne.

Schieber gefaßt. Großen-Getreide- und Mehlschiebungen zwischen Thorn und Berlin ist das Kriegswucheramt auf die Spur gekommen. Der Vorsteher des Güterbahnhofes in Thorn, Wilhelm Böning, benutzte vor kurzem seinen Sommerurlaub, um nach Berlin zu fahren mit der Absicht, hier Verbindungen mit Lebensmittelschleibern anzuknüpfen.

Hamburg zu verschieben. Den Wucherern konnten 44 352 Mark bares Geld und ein Scheck über 5275 Mk. abgenommen werden. Das Mehl wurde beschlagnahmt und vom Kriegswucheramt der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Zum Schleudiger Mord.

Zum Mord in Schleuditz wird noch berichtet: Die gerichtliche Leichenschau hat ergeben, daß der Mörder sein Opfer mit einem dolchartigen Messer scharfbar zugerichtet hat. Es sind nicht weniger als 20 Stichwunden in Kopf und Hals, drei im Rücken, eine im Schulterblatt und außerdem noch kleinere Verletzungen im Gesicht und an den Händen festgestellt worden.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

2-Mark-Darlehensscheine und Broisarten angeklagt. Der Holzarbeiter Karl Paul Gräpler aus Jüterbog und dessen Sohn, der Steinbrucker Rudolf Kurt Gräpler aus L-Meuditz, waren wegen Münzverbrechen und öffentlicher Urkundenfälschung vor die Geschworenen gestellt.

Der Unterschlagung und Fälschung im Amt angeklagt. Wegen den früheren Oberpostassistenten Friedrich Paul Behner aus Leipzig-Gohlis war Anklage wegen Veruntreuungen im Amt vor dem Schwurgericht erhoben worden.

anweisungsbeträge über 5 bis 33 Mk., die er als Schalterbeamter verzinshaltig hatte. Damit seine Unrechtliehkeit nicht entdeckt werden sollten, unterließ der Angeklagte die ordnungsgemäßen Eintragungen in den von ihm zu führenden Kisten und Büchern.

Verurteilung Schwurgerichtssitzungen. Der Fleischer Heinrich Hermann Boden aus Leipzig wurde beschuldigt, am 26. November 1913 in einem Zivilprozeß vor dem hiesigen Amtsgericht einen Meineid geleistet und ferner durch Änderung einer Rechnung eine Urkundenfälschung begangen zu haben.

Schöffengericht.

Aufreizung zum Ungehorsam durch Verteilung eines Handzettels. Wegen öffentlicher Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Befehle und obrigkeitliche Verordnungen — Vergehen nach § 110 und 111 des Strafgesetzbuchs — wurde der Fabrikarbeiter Otto Kurt Heinichen vom Schöffengericht Leipzig zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Bereine und Versammlungen.

Einwohnerversammlung in Anauhtalberg.

Die am 10. September abgehaltene, gut besuchte Versammlung der Einwohnerschaft zu Anauhtal und Umgegend nahm Stellung zu der Kohlen- und Lebensmittelverteilung. Das Referat hierzu hatte Genosse Moritz Bräuer-Anauhtal übernommen.

Volkshaus Spezialgerichte für heute: Linsen. — Gräupchen mit Aepfeln. Grüne Bohnen mit Kartoffeln. — Morgen mittags und abends: Nudeln, Eierkuchen, Eierpfanne und andere Eierspeisen.

Radeberger Hutfabrik-Lager

Advertisement for Radeberger hats featuring various styles like 'Feine Haar-Velour-hüte', 'Wiener Velour-hüte', 'Moderne Samt-hüte', etc., with prices and illustrations of women wearing the hats.

5. Klasse
171. Kgl. Sächs.
Landes-Lotterie

500000 Mk.
Weitere Gewinne: Mk.: 200000, 150000, 100000, 50000
1 à 40000 usw., Prämie Mk. 300000.

Das **grosse** Los

ev. **800000** Mk.
Lose: $\frac{1}{10}$ 25 Mk., $\frac{1}{5}$ 50 Mk., $\frac{1}{2}$ 125 Mk., $\frac{1}{1}$ 250 Mk.
empfiehlt u. versendet die Kgl. Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme von

Ziehung
3. bis 25.
Oktober.

Leipzig **Louis Lösche** Leipzig
Katharinenstr. 14 Windmühlenstr. 1-5

Kleiner Anzeiger

Billiges Gemüse
im Volkshaus, Zeiser Str. 32
Montag vormittag 9 Uhr

Düngerkalk für Gartenbesitzer und Feldpächter.
Durch günstigen Abchluss kommen in Kürze 4000 Ztr. Düngerkalk an Laßbühlstraße 1, Johustraße, u. Industriegleis, Verlängerung Antonienstraße, zum Verkauf. Preis ab Vorl. 2.30 Mk. pro Zentner. Bestellungen nehmen entgegen **Rudolf Müller**, Weissenfeller Straße 30 (Baden), **Hans Priemer**, Gartenverein Sommerheim, sowie in den durch Plakate ersichtlichen Annahmestellen.

Knöterich, Scheuergras, Steingras, Katzenschwanz und andere Kräuter kauft
Richard Hartmann, Leipzig, König-Johann-Str. 18.

Arbeitsmarkt

Heizer gesucht.
Dampfwaschanstalt Giltner & Co.
L. Zidtlerich, Ferdinand-Ros-Str. 16.

Heizer und Maschinist
zuverlässig und gut-empfohlen
möglichst **sofort** gesucht.

J. u. G. Gottschalck
Leipzig, Salomonstraße 14.
Bei persönlicher Nachfrage am Sonntag sich wenden an **Naumann**, 2. Gesch., verlagte Kontor, 1. Gesch.

Kräftige Markthelfer
für sofort gesucht. Vorstellungen auch Sonntag mittag 12-1 Uhr, werktags 9-11 Uhr.
Theodor Althoff, Leipzig.

Tüchtiger Waschmeister
(oder Heizer)
per sofort oder 1. Oktober gesucht. Angebote mit Gehaltsangabe, Militärverhältnis an
Paul Koppe & Sohn, Taucha
Bahnhofstraße 10.

Tüchtige Broschiererinnen und Kleberinnen
sucht sofort
Leipziger Buchbinderei-Actien-Gesellschaft
vorm. **Gustav Fritzsche**.

Tücht. Kleberinnen
sucht.
Fritz Schulz jun. A.G., Leipzig-Kleinzschocher
Limburgerstraße 30.

Frauen
zum **Aufkauf** ausgekämmter **Frauenhaare** werden gesucht. Näheres
Franz Ströher, Rothenkirchen, Vogtl.

ALTHOFF

Nicht an Wiederverkäufer Mengenabgabe vorbehalten

1 Ladung
Gaskocher
1 und 2 flammig

1 Ladung
Einlegetöpfe
1-60 Liter Inhalt

1 Ladung
Emaillwaren
erstklassiges Fabrikat

1 Ladung
Holzwaren
Kartoffelhorden, Obslhorden, Leibern

Putz-Garniererinnen
für sofort gesucht. Vorstellungen auch Sonntag mittag 11-1 Uhr, werktags 9-11 Uhr.
Theodor Althoff, Leipzig.

Maurer
werden eingestellt.
Baumelster Franz Wendt
L. So., Mariannenstr. 55.

Maurer
namentlich für Kessel und Schornsteine, gesucht. Mit Lohnansprüchen unverzüglich melden bei
H. R. Heinicke
Chemnitz, Wilhelmplatz 7
Ehrl. geübte **Sacknäherinnen** auf Maschine gesucht.
T. Poser, Antonienstr. 55.

Hofarbeiter
für dauernde Beschäftigung
sofort gesucht.
Geldbahnfabrik
L. Eur., Schlädiger Str. 86.

Maler u. Anstreicher
f. O. Karnahl, Zeiser Str. 30.
Geübten **Kartenschneider und Durchschneider**
sucht
Spamersche Buchbinderei
Breitkopfstraße 7, III.
Größ. Schulmädch. als Aufw. gef. Pl., Wittenmühlstr. 50, III. v.

Arbeits- oder Laufbursche
Junge Mädchen für saubere, leichte Arbeit- sof. gef.
Krempler & Co.
Tauchaer Str. 10/21, III.

Hand- u. Masch. Falzerinnen
sucht
Spamersche Buchbinderei
Breitkopfstraße 7, III.

Tücht. Kartonnagenarbeiterinnen
suchen
Gebr. Keller, Kartonnagenfabrik, Köhlgartenstraße 52.
Geübte **Masch.-Falzerinnen**
in dauernde Stellung gesucht.
A. Köllner, Buchbinderei
Hohenzollernstr. 17-19.
Arbeiterinnen
werden dauernd beschäftigt.
Perlmutter
L. Lindenau, Burggärtenstr. 14.

Ordnl. Mädchen findet guten Dienst. Jeden Sonntag frei.
Stahl, Erdmannstraße 1.

Vermietungen
Zentrum.
Im Innern der Stadt
Matthäikirchhof 26
schöne, sehr preiswerte Wohnung zu verm. Näheres bei **M. Ritter**, Matthäikirchhof 32

Naundörfchen 11
1 Wohnung 600.—
1 Wohnung 400.—
per 1. Oktober, evtl. früher.
Anmeldungen an Wlekonbörser,
Naundörfchen 11, Gartenh. p.

Kausmannsposten
mit Wohnung an ordentliche Leute zu vergeben. **Krus**
Reichelt, Poniatowskistr. 1.
Zentrum.
Stötteritz
Colmstr. 11, p., Logis, Stube,
2 Ka., Kü. u. Zub., gebrauchsf.
Gasanlage, sof. o. sp. 320 Mk.
Näh. Zweinaundorf, St. 50, I. v.
Hof. Haus, 2 St., K. A., gr. Wo.,
Re. St. u. Ga., Gas u. Wasserf.,
sof. zum 1. Okt. v. W. Vorderdorf
N. Zweinaundorf, Genossenschaft 5.

Wohn.
Plagwitz, Nonnenstraße 24,
kleine Wohnung monatl. lof.
Plagwitz, Schmiedestraße 7,
Wohnung f. 220 Mk. zu verm.
Plagwitz, Ziegelstr. 14, III. v.,
Stube u. Kammer, monatl. 12 Mk.
Angerstr. 31, II. Wohnung,
monatl. 15 Mk., an einz. Leute
1. Okt. zu verm. Näh. 1. Stg. v.
Veere Henstr. Stube, mon.
7.50 Mk., an einz. Pers. zu verm.
Näh. Ven., Lindenauer Str. 5, p.

Kleinzschocher
Anhaltener Str. 32, I. u. III.,
2 Stuben, K., K. m. Gas sof. ob.
1. Okt. zu verm. Näh. 6. Mannstr.

Berhäufe
Gebr. Bettstelle m. Matr., gebr.
Chais, zu verk. Ewaldstr. 30, p. r.
Weiß. Draht-Adr.-Gitterbett
m. W. zu verk. Hoffstr. 12, Sout.
Schallplatten Neueste
Aufnahmen
in allen Preisl. Höhe Str. 55, p.
Gebr. Nähmaschinen
v. 15. A an a. verk. b.
Schabo, Ritterstr. 4
N. v. Sandw., 2, 3, 4, 6 Str.
Tragr. v. Dörrienstr. 14, III. f.

2 St. 4 Räder Handwagen
zu verk. Lind. Seimringstr. 8.
Vorzugsb. zu verk.: 1 Petrol-
Hängelampe, gut. Grammoph.
m. Pl., Puppenkarussell, II. phot.
App., 9-12 Klingenstr. 51, III. f.

2 gebr. Fenster, 180x100,
als Frühbeetsfenster bill. zu verk.
Näh. Neuh. Hall. Str. 232, I. v.

Glasscheiben
aller Art, im Ausschnitt bill.
Reparatur. Hof. A. Glascher,
Tauscher Str. 26. Tel. 13900.

Aufgejuche
● **Möbel** ●
kauft jeden Posten zu an-
nehmbar. Preisen
Max Raschig
L. Plag., Karl-Heine-Str. 61.
Möbel kauft jed. Post. z. höh.
Preis. Ed. Walther,
Pl. Merseb. Str. 48. Tel. 93585.
Unterh. Sofa zu kaufen
gesucht. Antonienstr. 30, II. f.

Bandonion
zu kaufen gef. Näh. m. Preis an
Karte, Schönef., Köhlweg 6, p.

Abgepielte Schallplatten
u. Bruch kaufen zu 25 b. 50 Pfg.
pro Platte, jedes Quantum
Peters u. Co.
Grimmische Straße 8.

Gasuhren
kauft **Klempner**, Zwei-
naundorfer Straße 30
Karbidlampe zu kaufen gef.
Dillbeurgardstr. 27, II. v. Hermann.

Gliedstrumpf-Asche
jedes Quantum, kauft
Weiser H., Katharinenstr. 22.
Frauenhaar f. zu h. Fr. Heerdt,
Lange Str. 49, II.
Wuschel. Frauenhaar
kauft zu höchsten Preisen
Saarfabr., Brüderstr. 4, II
Gut getrocknete
Apfelsinenschalen z. Mk. 1.00
Zitronenschalen „ „ 2.00
Apfelschalen „ „ 1.50
Birnschalen „ „ 1.50
Grüne Walnusschalen 0.60
das Kilo kaufen
J. Bernhardt, G. m. b. H.
Leipzig-R., Konstantinstr. 21.
Säcke, Bindf., Stricke o. frucht.
Neud. Grenzf. 5, Tel. 8999.